

Wahlprüfsteine des BUND OV Marburg zur Kommunalwahl in Marburg 2021

1. Wie stehen Sie zur Windenergienutzung auf den Marburger Vorrangflächen? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie ggf., um die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen auf den Marburger Vorrangflächen voranzutreiben? Welche Rolle spielen die Stadtwerke in Ihren Plänen?

Dirk Bamberger (CDU) antwortet auf diese und alle folgenden Fragen wie folgt:

vielen Dank für Ihren Fragenkatalog, zu dem die Marburger CDU-Fraktion mit ihrem Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Bamberger folgendes antwortet:
Die Marburger CDU-Fraktion hat den Klimaaktionsplan maßgeblich mit erarbeitet und genau dort sehen wir unsere klimapolitische Leitlinie für die kommenden Jahre. Unser Ziel ist es, Marburg bis 2030 klimaneutral zu machen. Die einzelnen Maßnahmen können Sie dem Klimaaktionsplan entnehmen. Dort finden Sie alle Antworten auf Ihre Fragen. Die Maßnahmen zum Klimaaktionsplan erstrecken sich im Haushalt über unterschiedliche Produkte. Insgesamt stehen über 5 Millionen Euro im Haushalt 2021 zur Verfügung, beispielsweise für Zuschüsse für die Anschaffung von weiteren Elektrobussen oder dem sozialen Energiebonus sowie dem Aus- und Neubau von Fuß- und Radwegen.

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Klimakrise kann nur mit einem Umstieg auf regenerative Energien erfolgen. Dabei spielt Wind eine große Rolle. Im von mir vorgelegten und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Klimaaktionsplan heißt es: „Die maximale Anzahl von Windkraftanlagen in den Wind-Vorranggebieten im Stadtgebiet im größtmöglichen Einvernehmen mit den Bürger*innen zu errichten, vorzugsweise als Bürger*innenwindanlagen.“ Daran werde ich mich halten.

Priorität haben für mich dabei als Betreiber immer die Stadtwerke. Mein Ziel ist, dass die in Verantwortung und unter Mitwirkung der Stadtwerke Marburg erzeugte und den Bürger*innen der Universitätsstadt angebotene Energie rechnerisch den Energiebedarf der Universitätsstadt Marburg deckt. Die Stadtwerke müssen zunächst die Möglichkeiten der Realisierung anhand der neuen Verwaltungsvorschrift des Landes Hessens prüfen.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Die Windenergienutzung auf Vorrangflächen wird von uns befürwortet. Allerdings sind weder die Stadt Marburg noch die Stadtwerke Marburg Eigentümerin von Flächen. Die Stadt Marburg muss klar pro Windenergie Stellung beziehen und durch Moderation und gezielte Bürger*inneninformation den verbreiteten Desinformationskampagnen entgegentreten und die Akzeptanz verbessern. Sie muss aktiv auf die Eigentümer der Vorrangflächen zugehen und diese motivieren, die Flächen wieder für den Bau von Windenergieanlagen zu verpachten. Der jetzige Magistrat hat hier keine Anstrengungen unternommen und nach außen signalisiert, dass Windkraft nicht erwünscht ist. Die Stadtwerke Marburg könnten und sollten sich grundsätzlich um Windkraftflächen bewerben. Unter dem jetzigen OB als Aufsichtsratsvorsitzenden haben die Stadtwerke das Thema gar nicht angefasst, obwohl das Stadtparlament die Klimaneutralität (0 CO₂) bis 2030 beschlossen hat. Damit muss natürlich auch der Energiebereich klimaneutral werden, was ohne Erneuerbare Energien nicht der Fall sein wird. Die

Stadtwerke können Windkraftanlagen aber nur bauen, wenn sie von einem Eigentümer einen Zuschlag bekommen und erfolgreich einen Bauantrag stellen, der auch die Anforderungen an den Immissionsschutz für die Anwohner*innen und an den Artenschutz erfüllt.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Grundsätzlich spricht sich die Marburger Linke nachdrücklich für ein Mix an regenerativen Energien aus. Windenergie ist sicherlich eine der bedeutenden Energiequellen. Im Klimaaktionsplan der Stadt Marburg, der von der Marburger Linken mitgetragen wird, ist dies als eine Form der alternativen Energiegewinnung vorgesehen.

Bereits 2011 hatte die hessische Landesregierung vereinbart, dass zwei Prozent Hessens für Windkraft reserviert werden und alle Gemeinden mit ausreichend Wind, Flächen ausweisen sollen. Ohne Gegenstimmen legte die Regionalversammlung Mittelhessen 2016 im Teilregionalplan Energie die WEA-Standorte fest, darunter auch die in Marburg. Die Entscheidung, dass Windkraftwerke gebaut werden, ist also bereits gefallen. Vorgesehene Planungen riefen aber immer wieder Bürgerinitiativen auf den Plan, so dass sich auf diesem Gebiet in Marburg noch zu wenig bewegt hat.

Im Sommer 2020 hat das Stadtparlament mit den Stimmen von SPD/Grünen/Marburger Linke den Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Jahr 2020

in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Marburg die Planungen zum Bau von Windkraftanlagen in eingeübten Formen kommunaler Bürgerenergie, möglichst in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand, auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg nach den Vorgaben des mittelhessischen Regionalplans mit Ziel aufzunehmen, so schnell wie möglich die höchstmögliche Zahl an Anlagen zu errichten.

- dabei sicherzustellen, dass die besonders betroffenen Bürger*innen sich an Anlagen wirtschaftlich beteiligen können sowie dass ein Teil der Erträge den besonders betroffenen Ortsteilen zugute kommt.
- in Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum der Hessischen Landesenergieagentur Informationsveranstaltungen zu den Standorten und zur Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Stadtgebiet zu planen und durchzuführen.

Nach Auffassung der Marburger Linken soll die Nutzung alternativer Energien unter folgenden Bedingungen geschehen:

Planmäßiger Aufbau einer dezentralen, gemeinwohlorientierten, sozialen Energieversorgung durch regenerative Energien unter verstärkter Beteiligung der Stadtwerke;

- Ausbau der Windkraft durch die Stadtwerke auf dem Gebiet der Stadt Marburg mit einer Beteiligung der Bürger*innen an den Einnahmen;
- Förderung und Stärkung von Energiegenossenschaften.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Jeder Projektierer, der im Raum Marburg neue Windkraftanlagen (WKA) errichten möchte, sollte aussagekräftige aktuelle Windmessungen vor der Beantragung der Genehmigung vornehmen, um zu belegen, dass es sich um wirklich sinnvolle Anlagen im Hinblick auf den Klimaschutz handelt. Da für diese Anlagen zunehmend ökologisch wertvolle Flächen eingesetzt werden müssen, möchten wir keine reinen Investitionsanlagen fördern, die sich nur durch die EEG-Umlagen tragen. Das ist für die Genehmigung seitens des RP nicht relevant, allerdings

ist es für die grundsätzliche Akzeptanz der Maßnahme in der Bevölkerung und aus der Perspektive des Umweltschutzes von großer Bedeutung. Diese Bedeutung nimmt dadurch zu, dass die meisten Vorranggebiete für WKA im Wald liegen und so die Habitats dort massiv belasten können. Diese Grundsätze sind auch für die Stadtwerke als Betreiber verbindlich. Die Stadtwerke in der Rolle eines spekulativen Investors sehen wir kritisch. Eine Energiepolitik darf nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt durchgesetzt werden – sondern mit Ihnen. Dies gilt besonders für Windräder und andere Energieanlagen, die einen starken Einschnitt in die Lebenswelt der Menschen bedeuten. Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften sollen nur an solchen Windkraftprojekten mitwirken, bei denen die tatsächliche Zustimmung der Bevölkerung vorliegt.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Ich setze mich nicht für die Nutzung von Windenergie auf den Marburger Vorrangflächen ein. Zum einen, weil die Windpotentialstudie zu wenig Wind für diese Region ausweist. Zum anderen, weil die Akzeptanz seitens der Bevölkerung für Windräder mit einer Narbenhöhe von über 190 kaum vorhanden ist. Als Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke setze ich mich dafür ein, dass die Stadtwerke dort in Windenergie investieren, wo die Winderträge auch ertragsreich sind. Siehe Hassenhausen.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Windenergie kann im Großraum Marburg als eine der effizientesten Formen der erneuerbaren Energiegewinnung angesehen werden, nicht nur durch ihre hohe Effizienz als Stromquelle, sondern auch, weil sie im Vergleich zu den erzeugten Strommengen relativ wenig Fläche verbraucht, was auch hinsichtlich von Versiegelung oder Konkurrenz zu anderen Nutzungsformen von Bedeutung ist.

Jedoch gibt es gegenüber Windenergieanlagen in Teilen der Bevölkerung häufig Vorbehalte, die mit Artenschutz und Gesundheitsschutz begründet werden. Die Bedenken im Gesundheitsschutz im Zusammenhang mit Infraschall lassen sich einfach durch aktuelle Studien widerlegen. Auch verunglücken zwar Vögel und Fledermäuse an Windrädern (bisher nachweislich 4.429 Vögel und 3.892 Fledermäuse). Dabei sind jedoch nicht alle Vögel gleich betroffen, sondern bestimmte Arten, wie der Rotmilan, besonders. Bei der Planung der Windenergieanlagen muss demnach gesondert darauf geachtet werden, dass weder seltene noch besonders gefährdete Arten zusätzlich bedroht werden. Das kann z. B. über Mindestabstände zu Brutplätzen geschehen. Bei der Auswahl dieser Vorranggebiete wurde zudem darauf geachtet, dass sich möglichst wenige Brutpaare der windenergiesensiblen Arten wie Rotmilan oder Schwarzstorch in deren Nähe befinden und damit Konflikte (die dennoch bestehen können) unwahrscheinlicher werden.

Jedoch gründen sich aufgrund dieser falschen Informationen häufig Bürger*inneninitiativen in den Umgebungen, wo der Bau von Windrädern geplant ist, die es oftmals erfolgreich schaffen, diese Bauvorhaben scheitern zu lassen.

Gegen diese Vorbehalte aus der Bevölkerung hilft nur ein flächendeckendes Bildungs- und Aufklärungsangebot über Windkraft sowie ein Ausbau der Bürger*innenbeteiligung, wie sie in der letzten Frage auch am Beispiel Windkraft ausführlicher erläutert wird. Schafft man es, Bürger*innen nicht nur in die Entscheidungsfindung, wo ein Windkraftwerk gebaut werden soll (hier empfiehlt sich unter Einbeziehung der Anwohner*innen eine Senkung der 1000-Meter-Abstandsregelung, damit aus einer größeren Fläche an Vorranggebieten entschieden werden kann), sondern sie auch in die Erlöse aus der Stromerzeugung stärker einzubinden, dann wird sich sicherlich einiges an Widerstand gegen Windkraftwerke beseitigen können. Zum Beispiel besteht hier die Chance, durch Bürger*innenwindparks oder Energiegenossenschaften sowohl Bürger*innen als auch Kommunen vom Ausbau profitieren zu lassen. Im Landkreis bieten hier u. a. die Stadtwerke die Möglichkeit für eine regionale Wert-

schöpfung.

Für das Vorranggebiet 3130 - Lichter Küppel - müssten zunächst hinsichtlich der Vorkommen des Rotmilans (aber auch anderer geschützter Arten) neue Untersuchungen durchgeführt werden, um zu prüfen, inwieweit hier der Artenschutz Windenergieanlagen ausschließt. Da die Erfassungen 2015 stattfanden, ist hier durchaus eine andere Situation möglich.

Für das Vorranggebiet 3128 - Görzhäuser Hof - müsste geprüft werden, inwiefern die Planungen durch die Firma UKA aus Meißen die Planungen voranbringen kann und welche Probleme es hier sonst gibt, da die Planungen sich schon länger hinziehen.

2. Was sind Ihre Vorstellungen für die klimaneutrale Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Klimaneutrale Wärme kann beispielsweise durch Erdwärme, Wärmepumpen oder Biogas gewonnen werden. Wärmenetze sind dabei deutlich effizienter. Mein Ziel ist – wie im Klimaaktionsplan vorgesehen – zukünftig das Thema Klimaschutz insbesondere in Bezug auf Wärme entsprechend in Bebauungsplänen zu verankern. Damit befasst sich bereits der Klimabeirat.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Mittelfristig muss vor allem der Wärmeenergiebedarf so weit gesenkt werden, dass der verbleibende Bedarf vollständig aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann. Ziel muss ein Mix aus Solarthermie, mit Wind- und Sonnenstrom betriebenen Wärmepumpen, mit grünem Wasserstoff betriebenen Brennstoffzellen und nachrangig Biomassekesseln sein. Auf dem Weg dahin braucht es die starke Förderung von solarthermischen Anlagen, die (aufgrund der gefallen Preise für PV inzwischen in vielen Fällen sinnvolle) Nutzung von PV zur Wärmebereitstellung – z.B. in der Sommerzeit mittels Heizstäben, die massive Erhöhung und bessere Förderung von BHKW- und Brennstoffzellen-Technik, der Ausbau von Nah- und Fernwärmekonzepten in denen dann sukzessive der Anteil der Erneuerbaren Energien gesteigert werden kann. Die Förderanreize müssen stark genug sein, um erhebliche Umstellungsraten zu erreichen. Wenn die Förderanreize nicht ausreichen sollten, dann müssen sie verstärkt werden.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Derzeit wird ein Großteil der Wärmeenergie in Marburg noch durch fossile Energieträger, wie beispielsweise Erdgas oder Heizöl erzeugt – die auch nur vermeintlich „günstig“ erscheinen, da die Kosten der Schäden an der Natur auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Auch durch Strom erzeugte Wärmeenergie ist (abseits von Ökostromtarifen) natürlich klimarelevant und basiert (je nach Strommix) mindestens teilweise auf fossilen Brennstoffen. Diese sind seit Anfang des Jahres durch die CO₂-Bepreisung, politisch gewollt, verteuert worden. Steigende Energiekosten belasten daher Menschen mit wenig Geld besonders stark – zumal deren Wohnungen oft auch nicht optimal gedämmt bzw. energetisch saniert sind.

Wir sind für sozial-ökologische Maßnahmen, die primär darauf abzielen Wärmeenergie einzusparen (nicht verbrauchte Energie vor Effizienzsteigerungen), gleichzeitig aber nicht zu Lasten ökonomisch benachteiligter Menschen gehen dürfen. Beispielsweise kann eine Senkung des Wärmebedarfs durch warmmietneutrale energetische Sanierungen öffentlicher Wohnungsbaubestände, insbesondere der städtischen GeWoBau, erreicht werden. Ebenso muss es darum gehen, ökologisch sinnvolle Investitions- bzw. Förderprogramme aufzulegen bzw. deutlich auszubauen, um Eigenheimbesitzer*innen und Vermieter*innen Anreize für klimafreundliche Umrüstungen ihrer Wärmeenergieerzeugung zu geben. Auch eine dezentrale, gemeinwohlorientierte, soziale Energieversorgung durch regenerative Energien ist Teil unserer Agenda. Daher könnte auch eine Förderung bzw. der massive Ausbau von Solarthermie zu einer mittelfristig klimaneutralen und dezentralen Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg beitragen. Im Bereich der Fernwärme der Stadtwerke sind die Schlagwörter ein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, Effizienzsteigerungen sowie der Einsatz von klimaneutralen Brennstoffen. Sozial-ökologische Konzepte brauchen nach unserem Dafürhalten generell Akzeptanz sowie eine gute und breite Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, von Verbänden, lokalen Initiativen und den betroffenen Menschen der Stadtgesellschaft.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Bei der Entwicklung neuer Baugebiete sollen Bauherren durch kommunale Satzungen und Auflagen keine neuen Steine in den Weg gelegt werden. Die Freien Demokraten setzen sich für die Technologieoffenheit bei der Wahl der Wärmeerzeugungsanlage ein. Oberstes Ziel ist die Einsparung von Treibhausgasen! Ob diese Einsparung jedoch durch z.B. eine moderne Wärmepumpenanlage, ein Kalt-Wärme-Netz, einen Eisspeicher oder eine effiziente Holzpelletanlage erreicht wird, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab und ist deshalb vor Ort zu entscheiden. Einseitige Förderungen von bestimmten Energiesystemen lehnen wir ab, um so die CO₂-Einsparung flexibler und breitflächiger voranzutreiben. Bereits bei der Entwicklung neuer Wohngebiete ist die „Smart City“ mitzudenken. Zusätzlich fordern wir die dauerhafte Abschaffung von Kostentreibern, wie der Grunderwerbssteuer, für die erste selbstgenutzte Immobilie. Ein kommunales Anreizsystem, wie es in Ansätzen bereits etabliert ist, sollte überprüft und möglichst ausgebaut werden.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

In Form von grünem Wasserstoff, der aus dem überschüssigen Windenergiestrom gewonnen werden kann. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist Wasserstoffregion und soll dies endlich einmal unter Beweis stellen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Stadtwerke Marburg den Wasserstoff ganz oben auf ihrer Prioritätenlisten setzen und in eine entsprechende Gewinnungsanlage investieren.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Die Bereitstellung von klimaneutraler Wärmeenergie hat eine Schlüsselrolle im Klimaschutz inne. Denn der Wärmesektor beansprucht etwa 1/3 des gesamten Endenergieverbrauchs, wobei der Anteil erneuerbarer Energien hier in Hessen am Gesamt-EEV bei gerade einmal 11,5% liegt.

Die energetische Sanierung nimmt beim Weg zur Klimaneutralität eine wichtige Rolle ein. Denn durch energetische Sanierung von Gebäuden kann der Wärmebedarf durch Dämmungen mindestens halbiert werden (für ein ausführlicheres Eingehen auf die energetische Sanierung siehe Frage 3).

Der zweite wichtige Faktor ist die Elektrifizierung der Heizsysteme, die den Energiebedarf im Wärmebereich sogar um bis zu 80 % verringern kann.

Wir fordern zunächst ein sofortiges Verbot der Neuinstallation von Öl- und Gasheizungen und bis spätestens 2030 einen Austausch dieser und anderer Heizsysteme mit hocheffizienten Wärmepumpen, die am besten mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

Bei Neubauten sollte zudem die Sonnenwärme mit eingeplant werden, zum Beispiel durch Warmwasserkollektoren und die Fenster. Auch Wand- und Fußbodenheizungen steigern den Wirkungsgrad von Heizungen erheblich.

3. Wie wollen Sie den energetischen Sanierungsstau im Gebäudebestand Marburgs aufheben?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Energetische Sanierung von Gebäuden birgt das höchste Potential, um CO₂ einzusparen, für Marburg bis zu 50 % der Emissionen. Deshalb hat die energetische Modernisierung von Gebäuden oberste Priorität. Dabei gilt: zuerst schlecht isolierte Nachkriegsbauten und Wohnraum vor Nutzraum, da Wohnraum länger und intensiver beheizt wird. Dazu habe ich bereits 2019 den „sozialen Energiebonus“ in den Haushalt mit zunächst zwei Mio. Euro aufgenommen. Damit soll Geschosswohnungsbau warmmietenneutral saniert werden, um den sozialen Ausgleich sicherzustellen. Langfristig plane ich bis 2030 dafür insgesamt ca. 60 Mio. Euro ein. Dazu kommen Förderprogramme für private Immobilienbesitzer, mit denen wir die Programme von Bund und Land ergänzen.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Hier sind die Eigentümer*innen der Gebäude/Wohnungen gefordert und müssen dabei beraten und gefördert werden. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft und die anderen Wohnungsbaugesellschaften müssen an einen Tisch geholt werden, um zu klären, unter welchen Bedingungen die Sanierungsquote deutlich gesteigert werden kann. Das städtische Förderprogramm „Sozialer Klimaschutz“ zur warmmietenneutralen Energetischen Sanierung im öffentlichen Wohnungsbau, hatte das Stadtparlament bereits in 2014 auf den Weg gebracht, es wurde jedoch nach dem Amtsantritt des jetzigen OB gestoppt. Dieses Programm muss endlich umgesetzt werden. Das gleiche sollte unternommen werden mit den Eigentümern der von Universität und Land genutzten Immobilien. Und bei Privateigentümer*innen müssen die städtischen Initiativen zur Information und Förderung verstärkt werden. Auch hier müssen selbst bestehende Förderprogramme von Land und Bund so aufgestockt werden, dass sich die erforderlichen Sanierungsraten einstellen. Wenn sich zeigt, dass die Attraktivität nicht ausreicht, dann muss entsprechend nachjustiert werden. Gleichzeitig müssen wir als Stadt im Verbund mit anderen Kommunen gegenüber den Ländern und dem Bund deutlich machen, dass es ambitionierterer und vor allem unbürokratischerer Regelungen und Förderungen bedarf, um den Sanierungsstau nachhaltig aufzulösen. Dass dies im Bewusstsein der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN ist, hat das Onlinegespräch mit deren Co-Fraktionsvorsitzenden Dr. Anton Hofreiter gezeigt, dass online abrufbar ist. Die bürokratischen Hürden müssen abgebaut werden, mehr Fördermittel zur Verfügung gestellt werden und auch das Steuerrecht muss Beiträge leisten, damit in den Bereich des Privatbesitzes mehr Bewegung kommt. Ansonsten ist das Ziel, emissionsneutral zu werden, nicht zu erreichen.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Energetische Sanierungen kosten die Stadt zwar auf den ersten Blick „viel“ Geld, amortisieren sich (bei vernünftiger Planung und Umsetzung) jedoch oft bereits nach einigen Jahren und müssen daher zukünftig mit Nachdruck sowie einer Steigerung der finanziellen Mittel angegangen werden (deutliche Erhöhung der Sanierungsquote). Argumente für energetische Sanierungen sind neben den Einsparungen durch sinkende Energiekosten (weniger Verbrauch) auch die weitere Verteuerung fossiler Brennstoffe durch die CO₂-Bepreisung (Mehrkosten für klimaschädliches Verhalten). Für die Marburger Linke gehören die Einhaltung und Erreichung der Ziele aus dem Klimaaktionsplan 2030 zu unseren klimapolitischen Kernforderungen. Zum Erreichen der Klimaneutralität Marburgs sowie auch, um als Gesellschaft die Pariser Klimaziele noch erreichen zu können, sind energetische (und für Mieter*innen warm-

mietenneutrale) Sanierungen unabdingbar und ein Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang sei noch auf den Richtsberg und die dortigen Mieterhöhungen der GWH verwiesen. Aufgrund von energetischen Sanierungen mussten sich die Mieter*innen mit massivem Widerstand gegen die unsozialen Mieterhöhungen zur Wehr setzen. Wir denken daher das Ökologische immer mit dem Sozialen zusammen, Klimaschutz und klimafreundliches Verhalten darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Durch Wärmeerzeugung wird mit Abstand am meisten CO₂ produziert. Zudem ist es derzeit die günstige Möglichkeit, die Emissionen zu reduzieren. Deshalb sehen wir in der CO₂-Bepreisung in nahezu allen Sektoren den Schlüssel zur nachhaltigen Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Selbstverständlich soll bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen eine energetische Sanierung mit Augenmaß mitgedacht und umgesetzt werden. Auch hier ist das Kosten-Nutzen Verhältnis beachtenswert: Mehrere Immobilien, die hohe Standards erfüllen, sparen mehr CO₂ ein, als eine Liegenschaft, die maximale Standards erfüllt.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Ganz konsequent abarbeiten. Der Klimaaktionsplan schreibt uns dieses vor, wenn wir bis 2030 in Marburg klimaneutral sein wollen. Die Gelder dafür werden jedes Jahr im Haushalt eingestellt und in die energetische Sanierung investiert.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Für die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze müssen 70 % aller Häuser bis 2045 energetisch saniert werden. Im Klimaaktionsplan sind 2 bis 3 % energetische Sanierungen pro Jahr vorgesehen. Wir fordern eine wenn möglich noch höhere Sanierungsquote von 3 bis 4 %, um das Ziel bis 2045 zu erreichen. Dies bedarf konkreter Zeitpläne. Das Ziel der Sanierungsmaßnahmen für 2040 muss es sein, den Energiebedarf auf jährlich 50 kWh/m² zu beschränken.

Damit großflächig Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können, müssen allen Beteiligten (Mieter*innen, Vermieter*innen, Eigenheimbesitzer*innen, Hausverwalter*innen) alle nötigen Informationen über die jeweils möglichen Maßnahmen und auch die Finanzierung bereitgestellt werden.

Dafür sollten übersichtliche, leicht zu bedienende Informationsplattformen sowie Personal zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem können die Kosten für eine energetische Sanierung nicht nur von den Hausbesitzer*innen übernommen werden, sondern die Stadt muss hier Modelle der finanziellen Unterstützung schaffen, wie sie auch im Klima-Aktionsplan vorgesehen sind.

Der Sanierungsstau wird oft mit dem Argument gerechtfertigt, dass es nicht genügend geeignetes Fachpersonal für energetische Sanierungen gibt, um den durch die Ziele des Klima-Aktionsplans gestiegenen Bedarf zu decken. Deshalb muss die Ausbildung, Umschulung und Weiterbildung in den für die Sanierung dringend benötigten handwerklichen Berufsfeldern gefördert, bekannter und attraktiver gemacht werden.

Weiträumige energetische Sanierungen in Marburg bergen jedoch auch die Gefahr einer "ökologischen Gentrifizierung". Hier muss alles getan werden, um Mieter*innen zu schützen. Dies kann zum Beispiel durch die Ausweisung von Millieuschutzgebieten geschehen, in denen Zulagen der Stadt zu den Kosten von energetischer Sanierung an Sozialvereinbarungen geknüpft sein müssen und Luxusmodernisierungen nicht genehmigt werden können.

4. Wie stehen Sie zur Nutzung von Kleinwasserkraftanlagen an der Lahn, insbesondere dem bereits projektierten Wasserrad an der Lohmühle?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Kleinst- und Kleinwasserkraftanlagen können zur Klimaneutralität beitragen, müssen allerdings gegen die ökologischen Folgen für das Gewässer abgewogen werden. Wasserkraft steht leider oft im Konflikt mit dem Naturschutz, insbesondere in den letzten sehr trockenen Sommern, gibt es Probleme mit dem „sogenannten Restwasser“. Der ökologische Kosten-Nutzen-Aspekt ist hier besonders zu überprüfen.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Neue Kleinwasserkraftanlagen können aus meiner Sicht einen sinnvollen Beitrag zur Energieerzeugung liefern. Die heute genehmigungsfähigen (Klein)Wasserkraftanlagen sind nach dem heute besten Stand der Technik entwickelt, um den Natur- und Tierschutz zu gewährleisten. An der Lahn und an vielen anderen deutschen Flüssen gibt es noch viele Altanlagen, die z.T. eine veraltete Technik haben, die diesen Schutz der Tiere und der Natur nicht bieten, ganz im Gegenteil. Meines Erachtens müssten die Regierungspräsidien und die Bundesländer initiativ werden, um über entsprechende Förderung und Forderung diese unzureichenden Altanlagen, die es auch in unserer Region gibt und die erhebliche Schäden verursachen, auf neuesten Stand zu modernisieren. Mit der momentanen rigiden Handhabung bei der Genehmigung von Sanierungen wird m.E. leider nur erreicht, dass die Altanlagen auf immer und ewig mit dem gleichen schlechten Stand weiterlaufen. Ob das Wasserrad an der Ölmühle genehmigt werden kann, wird das RP entscheiden. Wenn es genehmigt wird, muss aus meiner Sicht der höchstmögliche technische Standard umgesetzt werden.

Ob Wasserkraft dauerhaft zukunftsfähig ist, werden die nächsten Jahrzehnte zeigen. Auch große Wasserkraftanlagen in anderen Ländern sind insgesamt betrachtet keineswegs völlig unproblematisch und weisen häufig einen völlig veralteten Stand der Technik aus; gleichwohl werden von Deutschland in großem Maße von dort Strommengen bezogen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die fossilen Ressourcen durch Erneuerbare Energien zu ersetzen. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach aber nur gelingen, wenn wir einen Mix haben. Daher kann ich nicht erkennen, dass wir momentan auf eine der vorhandenen neuen Energien verzichten können, weil wir gegenwärtig noch weit davon entfernt sind, die fossilen Energieträger komplett zu ersetzen.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Für diese kleine Anlage an der **Lohmühle** sind im laufenden Haushalt der Stadt Mittel eingestellt. Eine Förderung des Landes ist ebenfalls in Aussicht. Der Ortsbeirat Südviertel hatte die Vorstellungen gut geheißten. Die Planungen gehen schon weiter zurück bis vor diese Wahlperiode.

Das Projekt ist gedacht als Wiederbelebung/Neuaufbau an der Lohmühle und wird von den Kapazitäten her keine große Wirkung für den Energiehaushalt der Stadt haben. Über die Einspeisung der gewonnenen Energie ist noch nicht entschieden, früher war das naheliegende TTZ im Gespräch. Es soll zugleich Lehrcharakter haben und wird mit einer kleinen Info-Tafel ausgestattet. Als kleine Wasserkraftanlage könnte es auch für Tourist*innen attraktiv sein. An der vorgesehenen Stelle, an der bereits eine der vielen Lahnmühlen stand, ist dies ein sinnvolles Projekt.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Hier gilt es, verschiedene Schutzgüter gegeneinander abzuwägen und ein differenziertes Ergebnis zu erstellen. Ein Wasserkraftwerk ist immer mit starken Eingriffen in die Natur verbunden. Sofern nur wenige kWh mit einem solchen Projekt erzeugt werden können, es dazu sehr viel Geld kostet, sollte man lieber an einer anderen, günstigeren Stelle CO₂ einsparen. Alternativ möchten wir prüfen, inwieweit die Stadtwerke im Rahmen eines erlebbareren Energielehrpfades, dieses Projekt betreiben und umsetzen könnten. So könnte neben einem kleinen energiewirtschaftlichen Betrag, ein neuer außerschulischer Lernort im Stadtgebiet entstehen. Die Bildung und Aufklärung ist ein wichtiger Faktor, um nachhaltig das Thema Ökologie und Ökonomie in der Gesellschaft zu verankern. Kinder und Jugendliche können hier als Multiplikatoren die verschiedenen Themen in einen weitreichenden Diskurs einbringen.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Aufgrund der Pegelstände und der Fließgeschwindigkeit der Lahn – besonders im Sommer – hat dieses projektierte Kleinwasserkraftwerk für mich nur einen Nutzen der Anschauung und Demonstration, wie Wasserkraft erzeugt wird. Besonders für die Klimabildung kann diese Anlage wertvoll für den Anschauungsunterricht der Schulen haben.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Obwohl Kleinwasserkraftwerke oberflächlich als sinnvolle Methode erscheinen, unsere örtlichen Ressourcen in Marburg zur Stromerzeugung zu nutzen, zeigt jedoch ein genauer Blick große Probleme mit anderen Klima- und Umweltschutzziele, wie dem Artenschutz und der Renaturierung der Flussufer. Vor allem für wandernde Fischarten, wie zum Beispiel für Lachse und Aale stellen Wasserkleinkraftwerke ein Hindernis dar, was häufig tödlich endet. Außerdem wirken sich Wasserkraftwerke in den meisten Fällen negativ auf die Wasserstrukturgüte aus, was ebenso lokale Ökosysteme destabilisieren kann.

Die Renaturierung von Ufern, wie unten ausführlicher beschrieben, ist zudem eine wichtige Maßnahme für den heimischen Artenschutz. Kleinwasserkraftwerke stellen dafür Hindernisse dar

Natürlich brauchen wir, um dem globalen Temperaturanstieg entgegenzuwirken, der auch ein Grund für das aktuelle Artensterben weltweit darstellt, einen stark vermehrten Ausbau erneuerbarer Energien. Doch mit einer konsequenten Förderung von Windkraft und Solarenergie hier in Marburg sollte das Ziel 100 % erneuerbarer Energien auch ohne weitere Wasserkraftwerke zu erreichen sein.

5. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dem Biodiversitätsverlust im Stadtgebiet entgegen zu wirken?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Wer offenen Auges durch Marburg geht, der sieht, dass viele Jahre Engagement für naturnahe Grünflächen, Renaturierungen z. B. im Bereich der Lahn, Verbote oder Einschränkungen von Gifteinsatz auf städtischen Flächen schon eine erhebliche Wirkung gezeigt haben.

Ich plane, weitere Teile des städtischen Waldes vollständig der Bewirtschaftung zu entziehen. Durch die bereits umgesetzte Aussaat von Blühwiesen auf städtischen Grünflächen sowie ein Verbot von vermeidbarer Freiflächenversiegelung wie Steingärten in der Bauplanung wird die Biodiversität ebenso verbessert wie durch die geplante Begrünung von Buswartehäusern, Dachbegrünungen etc. Schottergärten müssen stärker verhindert werden.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Bei der Bewirtschaftung der städtischen Flächen muss es klare Vorgaben im Sinne des Artenschutzes geben (z.B. Rücksichtnahme bei Mähzeitpunkten, Vorgaben bei Errichtung von Zäunen – Igelhabitate-, Fledermaus und Vogelschutzmaßnahmen, der strikte Verzicht auf Pestizide etc.), für städtische Agrarflächen Ausweitung des Vertragsnaturschutzes mit entsprechenden artenrelevanten Vorgaben; stärkere Information der Bevölkerung und Ausweitung von artenbezogenen Fördermaßnahmen für Privatleute, aber auch für öffentliche Immobilienbesitzer. Information und Werbung für naturnähere Garten- und Flächengestaltung (z.B. Fragestellung von Steingärten, Verlust von Gartenhecken, Monitoring über die Auswirkungen bestimmter technischer Entwicklungen wie z.B. Mähroboter). Blühstreifenkonzepte, Nistprojekte und Kooperationen mit Initiativen, Schulen und Kindergärten.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

In der letzten Sitzung des Stadtparlaments in dieser Wahlperiode wurde im Januar 2021 auf Antrag der Marburger Linken „Gemeinschaftsgärten als umweltfreundliche Aufwertung des Wohnumfelds“ beschlossen.

Umfassendere Ziele haben wir uns zu dieser Fragestellung in unserem Kommunalwahlprogramm gesetzt:

- verstärkte Begrünung und Beschattung öffentlicher Flächen, vom Schulhof über Dächer, Spielplätze, Aufenthaltsorte für Jugendliche und Bushaltestellen;
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Klima- und Begrünungskonzepts für die Marburger Oberstadt;
- die Erarbeitung und Umsetzung einer städtischen Richtlinie zur Reduktion von öffentlicher und privater Lichtverschmutzung zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzenwelt;
- regelmäßige Kontrolle und Ahndung von Bodenverseuchung durch Pestizide, Salz, Schwermetalle und andere Bodenschadstoffe;
- ökologische, zurückhaltende und geräuscharme Grünpflege;
- Schutz des Grüner Wehrs;
- Stadtgärten bzw. Felder in Stadtnähe zur Bewirtschaftung durch Bürger*innen.

Die Marburger Linke hat sich darüber hinaus im parlamentarischen Rahmen im Sommer 2019 mit dem Trend zu Schottergärten befasst und folgende Initiative ergriff:

- „Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie dem Trend zu Schottergärten, auch Gärten des Grauens genannt, entgegengewirkt und die naturnahe Gestaltung von Vorgärten an privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann.
- Bei der Erteilung von Baugenehmigungen soll die natürliche Gestaltung von Vorgärten und nicht bebauten Flächen durch heimische Pflanzen zur Auflage gemacht werden. Gehwege und Stellflächen sind in eingeschränktem Maß ausgenommen.
- Durch Aufklärung und Anreize sollen bereits angelegte Schottergärten wieder natürlich gestaltet werden.
- In das Konzept soll auch die Begrünung von Flachflächen beim Neu- und Umbau von Gebäuden oder Gebäudeteilen, Tiefgaragen und deren überdachten Zufahrten einbezogen werden.“

Im August 2019 sind diese Formulierungen in einen weniger entschiedenen Antrag des Stadtparlaments eingegangen.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Wir haben den Anspruch, dass Marburg nicht nur im Wald grün ist. Mit Hilfe von Urban-Gardening-Konzepten wollen wir auch private Anreize setzen, um Marburg grüner zu gestalten. Unter anderem sollen möglichst viele **Bushaltestellen mit Pflanzen begrünt** und standortbasiert City Trees, Grünflächen, Moosbedachungen und Bäume aufgestellt werden. Wir möchten auch unsere schon gestartete Initiative für biodivers gestaltete Gärten und Vorgärten unsere Bürger*Innen weiterführen. Wir möchten in Workshops und in einer Vorort-Beratung gemeinsame Ideen entwickeln und die Bürger*Innen für diese Idee gewinnen. Mit dem Fachdienst Stadtgrün werden wir die städtischen Flächen neu entwickeln, aus direkten Gesprächen mit unseren städtischen Fachleuten wissen wir, dass es schon jetzt viele Ideen und Ansätze gibt. Eine vertikale Begrünung des Oberstadt-Parkhauses oder anderer geeigneter Gebäude werden wir prüfen und wenn möglich sehr zügig umsetzen. Die städtische Förderung für die Begrünung von Dachflächen werden wir stärker bewerben und bei Bedarf ausbauen. Wir denken auch an eine erneute Bewerbung für eine Bundes- oder Landesgartenschau, wir würden hier gerne die Idee der BUGA 2021 in Erfurt aufgreifen und das Thema einer verstärkten Biodiversität weiterführen. Dort wo es blüht und grünt, ist der Mensch gern.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Fassaden und Dächer begrünen. Langweiliges Stadtgrün entfernen und dafür nachhaltige Bäume, mehrjährige Blühstauden und einjährige Insekten- und ganz besonders Blühwiesen anlegen. Zur Biodiversität gehören für mich auch Obstbäume und Gemüsepflanzen.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Die Stadt lebt - und ihre Bewohner*innen sind nicht nur Menschen, sondern zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die sich an das Zusammenleben mit Menschen angepasst haben oder sogar von ihm profitieren. Dieses Zusammenleben und die Biodiversität, die sich daraus ergibt, muss ausgebaut, gefördert und geschützt werden.

Doch diese Biodiversität wird durch zunehmende Flächenversiegelung und Sanierungen, invasive Arten und erhöhten Stickstoffeintrag bedroht.

Die Klimaliste schlägt hier vielfältige Maßnahmen vor, um dem entgegenzuwirken und die heimische Artenvielfalt zu schützen:

- Ausschließlicher Einsatz heimischen Saatguts aus gesicherter Herkunft auf städtischen Flächen sowie auf Gründächern, da dieses besser an örtliche Gegebenheiten angepasst ist und somit z. B. Trockenphasen besser verträgt
- Toleranz gegenüber Wildpflanzen, die sich von selbst ansiedeln (sog. Spontanvegetation, als Teil des Stadtgrünkonzeptes (insbesondere auf Flächen, deren Artenreichtum noch nicht durch erhöhten Nährstoffeintrag oder gebietsfremde Arten reduziert wurde)
- Seltener Mahd städtischer Wiesen, d. h. außerhalb der Blühzeiten, für den Insektenschutz und Stehenlassen eines Teils der Vegetation (mit Ausnahme von Liege- und Spielflächen, z. B. Lahnwiesen)
- Sparsames Beschneiden von Gehölzen und Bäumen, um Schutz- und Brutmöglichkeiten für Vögel und andere Tiere zu erhalten
- Mut zur vermeintlichen „Unordnung“: Auch im Siedlungsbereich sollten Kleinstrukturen wie Totholz, lückige Rasenflächen, Laubhaufen usw. erhalten werden
- Förderung von Mikrowäldern auf öffentlichen Grünflächen, Schulhöfen, Firmengeländen und Privatgrundstücken
- „Schottergärten“ verbieten: Begrünte Gärten sind wertvoll für das Stadtklima, lassen Wasser einsickern und bieten im besten Falle Lebensräume für heimische Tier- und Pflanzenarten
- Anreize und Beratung für Besitzer*innen von Privatgärten für naturnahes Gärtnern
- Naturschutz bei Gebäudesanierungen einbeziehen u.a. durch konsequenten Ersatz von wegfallenden Brut- und Ruhemöglichkeiten und dadurch, dass Förderungen von Sanierungsvorhaben an artenschutzrechtliche Bedingungen geknüpft werden
- Bestände von Brut- und Ruhestätten in Wohnvierteln prüfen, Quoten für Nisthilfen umsetzen
- Bei Neubauten: Generell Verwendung von Animal-Aided-Design (die Bedürfnisse stadtbewohnender Wildtiere in die Planung einbeziehend), auch hier Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude wahrnehmen
- Umsetzung von Schutzmaßnahmen gegen Vogelschlag an allen Gebäuden in öffentlicher Hand – insbesondere spiegelnde Flächen sind zu vermeiden, bei Neubauten Pflicht zu wirksamen Schutzmaßnahmen gegen Vogelschlag
- Aufklärung der Bevölkerung zur Vermeidung von Vogelschlag
- Minimierung der Lichtverschmutzung zum Wohle nachtaktiver Insekten und anderer Tiere durch überarbeitete Konzepte für Straßenbeleuchtung wie Abschaltzeiten und Bewegungsmelder im öffentlichen Raum
- Entwicklung einer wirksamen „Entsiegelungsstrategie“, Ausgleich von neuer Versiegelung durch Entsiegelung und ggf. Renaturierung an anderer Stelle, z. B. an Ufern und Gewässerrändern
- Förderung von Auen und natürlichen Gewässerrändern, in Marburg speziell an der Lahn

6. Wie stehen Sie zur weiteren Renaturierung der Lahn und anderer Fließgewässer im Stadtgebiet? Welche konkreten Maßnahmen in dieser Hinsicht planen Sie?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Wenn ich den heutigen Stand mit meiner Kindheit vergleiche, dann hat die Renaturierung der Lahn im Stadtgebiet enorme Fortschritte gemacht. Zuletzt wurden im vergangenen Jahr 1,5 Kilometer der Lahn bei der Gisselberger Spannweite renaturiert. Im inneren Stadtgebiet wurden darüber hinaus zahlreiche Maßnahmen zur Renaturierung umgesetzt.

Die Renaturierung der Gisselberger Spannweite wurde im Rahmen des EU-Projekts „Living Lahn“ durchgeführt. Die Dimension dieser aktuellen Renaturierung an der Lahn ist für Hessen bereits außergewöhnlich.

Hier sehe ich den größten Schwerpunkt: in der überregionalen Zusammenarbeit. Insbesondere im Bereich Cappeller Feld und in Wehrda sehe ich hier noch erhebliche Potentiale. Im inneren Stadtbereich gilt es dabei auch, ein Gleichgewicht zwischen Zugänglichkeit – beispielsweise für Projekte der Umweltbildung – und Renaturierung zu wahren. Aber auch hier gibt es noch Potenziale, um die Lahn weitergehend zu renaturieren.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Bei der Renaturierung der Lahn sind viele Projekte umgesetzt worden, die bereits in einer früheren, anderen Zusammensetzung der Stadtregierung erarbeitet und projektiert worden sind. Jetzt ist es Zeit, wieder Schwung aufzunehmen und neue Projekte anzugehen. Insbesondere der renaturierte Bereich vom Hirsefeldsteg lahnabwärts wird von den Marburger*innen nicht nur wegen seines ökologischen Wertes sondern auch wegen seines Freizeitwertes (innerstädtisches Naturerleben) sehr geschätzt. Hier wollen wir anknüpfen und die Renaturierung nach Süden hin fortsetzen. Das Stadtparlament hat bereits vor Jahren in der Lahnstudie zahlreiche mögliche Projekte benannt. Denkbar wäre z.B. auch die Verbreiterung der Lahn in Höhe der Mensa (am Biegen), die Rückverlegung des Radweges linksseitig in Höhe der PhilFak auf den Deich und Verbreiterung der Lahn im Bereich des Prallufers. Die diesbezüglichen Planungen, die bereits ein konkretes Stadium erreicht hatten und in öffentlichen Versammlungen vorgestellt worden waren, sind mangels Interesse von der jetzigen Stadtkoalition nicht weiterverfolgt worden. Auch sollten die Überlegungen, das Lahnufer innerhalb des Stadtgebietes wieder naturnäher zu gestalten, wieder aufgegriffen werden.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Wir begrüßen Renaturierungsmaßnahmen der Lahn, so wie zuletzt beispielsweise zwischen Gisselberg, Cappel und Ronhausen. Solche Maßnahmen eröffnen zahlreichen Tier- und Pflanzenarten neue Lebensräume (Schutz und Verbesserung der Biodiversität). Renaturierungen leisten einen erheblichen Beitrag zum Hochwasserschutz, indem neue Überflutungsflächen geschaffen werden und auch in Dürrezeiten bieten die Rinnen und Senken Vorteile für die Wasserhaltung. Flussrenaturierungen sind sie im Sinne einer lokalen Klimafolgenanpassung daher unverzichtbar. Wir alle müssen uns auf eine Zunahme von Extremwetterereignissen (Hitze, Dürren und Überflutungen) einstellen, dies wird von der Wissenschaft vorhergesagt und lässt sich auch selbst immer häufiger beobachten. Die Marburger Linke sieht diese Entwicklung mit großer Sorge und hält darüber hinaus auch eine deutliche Reduktion des Flächenverbrauchs bis hin zu Versiegelungsverboten für gute und schützenswerte Böden für klimapolitisch geboten.

Unser Wahlprogramm beinhaltet keine eigens ausgewiesenen Renaturierungsmaßnahmen, jedoch u.a. den Schutz des Grüner Wehrs. Zur Erarbeitung von Maßnahmen halten wir den

Austausch und die dauerhafte Einbeziehung von Umweltverbänden und Fachpersonen für unverzichtbar.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Wir begrüßen den Gedanken einer Renaturierung und werden weitere Renaturierungen unterstützen und vornehmen. Im innerstädtischen Bereich hat die Lahn eine wichtige Funktion als Freizeit- und Erholungsfläche für die Menschen in unserer Stadt. Diese Funktion wollen wir ausbauen und mehr Wasser- und Grünflächen im Stadtgebiet zulassen. Weitere Flächen, die sich für eine Renaturierung anbieten würden, finden sich im Norden in den Bereichen Wehrda und Cölbe, hier könnte ein landschaftlich und ökologisch sehr interessantes Gebiet entstehen. Im Bereich der Zeiteninsel, vielleicht im Verbund mit den alten Baggerseen, könnte in diesem Bereich ein zweites reizvolles Gebiet entstehen. Diese Überlegungen sind eher als Ideen oder Impulse zu verstehen, da wir auf eine breite Bürgerbeteiligung und auf eine weitere fachliche Expertise zurückgreifen möchten.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Die Lahn ist ein Idyll in unserer Stadt. Hier muss Naturschutz und Renaturierung großgeschrieben werden. Weitere Renaturierungen sind begrüßenswert und umzusetzen. Im Rahmen der eventuellen Sanierung des Grünen Wehrs muss die Natur rundherum geschützt werden. Nach einer Sanierung sind die Kiesinseln im Unterlauf der Lahn zu renaturieren.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Im Rahmen einer großräumigen Entsiegelungsstrategie in Marburg hat die Renaturierung der Lahn und der Fließgewässer in der Stadt einen besonders hohen Stellenwert. Denn hier ist das Potential einer erfolgreichen Renaturierung, die sogar langfristig zu einer Förderung von Auen und Gewässersaumstrukturen führen kann, besonders hoch.

Konkrete Maßnahmen bezüglich der Renaturierung der Lahn und anderer Fließgewässer im Stadtgebiet gibt es seitens der Klimaliste noch nicht. Als neue Wähler*innenvereinigung möchten wir aber in der Umsetzung von Naturschutzziele mit verschiedenen Vereinen und Verbänden kooperieren, da insbesondere diese über das beste Wissen über lokale Vorgänge verfügen. Die Klimaliste folgt hierbei, wie auch bei anderen Themen, dem Motto "Expertise ernst nehmen - Empfehlungen lokal umsetzen".

7. In welcher Form wollen Sie sich dem Problem des weiterhin wachsenden Flächen- und Landschaftsverbrauchs stellen? Haben Sie konkrete Ideen oder Vorschläge, wie man im Marburger Stadtgebiet den Netto-Flächenverbrauch auf null reduzieren könnte? Wenn ja, welche?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Marburg engagiert sich seit Jahrzehnten in der Konversion und Umnutzung von Flächen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Dadurch ist das innerstädtische Potential für Flächenkonversion und effizientere Nutzung zur Minderung des Flächenverbrauchs ziemlich überschaubar. Dennoch sieht der Klimaaktionsplan zu recht die Priorität beim Flächenrecycling, zum Beispiel durch Umnutzung von Gewerbegebieten wie im Bereich Temmlerstraße.

Daneben müssen Wohnraumbedarf, Flächenversiegelung und Verkehrsvermeidung immer gegeneinander abgewogen werden – weshalb ich eine „Stadt der kurzen Wege“ anstrebe. Für zukünftige Bebauungspläne entwickelt die Stadtplanung gerade – in Abstimmung mit dem Klimabeirat – ein Konzept, mit dem der Wohnraumbedarf gedeckt, der Flächenverbrauch minimiert und verbindliche Möglichkeiten der Kompensation von Flächenverbrauch geschaffen werden können. Dazu gehört beispielsweise auch der Ersatz von Parkflächen durch Quartiersparkhäuser und die Förderung von Carsharing, um den Flächenverbrauch für stehende Fahrzeuge zu minimieren.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Die Grünen haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan, den Flächenverbrauch zu vermindern, indem sie den Grundsatz ‚Innverdichtung vor Außenentwicklung‘ konsequent verfolgt haben. Bei einer erfolgreichen Stadtentwicklung ist es umso schwieriger, auf den Verbrauch weiterer Flächen zu verzichten. Aber unsere Aufgabe ist es, in vielen Bereichen daran zu arbeiten und Projekte umzusetzen, mit denen der Verbrauch neuer Flächen reduziert wird, intensiv genutzte Flächen in der Nutzung zu extensivieren und alte Flächen zu renaturieren oder einer neuen Nutzung zuzuführen.

Beispiele:

Bei der Befriedigung der nach wie vor starken Nachfrage nach Wohnraum kann eine Verstärkung der Bemühungen, in den Stadtteilen auf eine attraktive Innenentwicklung zu setzen, dazu beitragen, das Bedürfnis nach Wohn- und Baumöglichkeiten zu reduzieren. Diese Prozesse müssen gefördert werden, weil sie bisher noch nicht vorankommen.

Im Rahmen der Veränderung der Mobilität haben wir den Rückbau großer Flächen im Lahnvorland erreichen können – leider ist dieser Prozess inzwischen völlig zum Stillstand gekommen und wird, außer von uns, von niemandem ernsthaft verfolgt.

Innenstadtbrachen oder untergenutzte Gelände sollten daraufhin untersucht werden, ob eine Umstrukturierung zu höherwertigen Wohn- oder Gewerbenutzungen möglich sein könnte.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Für neue Gewerbeflächen im Stadtgebiet Marburg müssen Flächen geprüft werden, die jetzt schon versiegelt sind, nicht nur eingeschossige Flachbauten errichten, sondern wo es immer möglich ist, weiter verdichten ohne neuen Boden dadurch zu versiegeln. Es ist eine notwendige Strategie, weitere Bodenversiegelung in Gewerbegebieten zu reduzieren, indem zukünftig nur noch mehrgeschossige Gebäude genehmigt werden.

Dies muss und kann man in Bauleitplänen verankern und man müsste bestehende Bebauungspläne mit dieser Option nachträglich prüfen.

Konkret steht die Neuplanung für den Bereich ehemaliger Edeka-Markt in der Nordstadt an.

Hier macht die Marburger Linke den Vorschlag, über einem möglichen Nahversorger im Erdgeschoss Wohnungen im bezahlbaren Mietpreisbereich zu errichten. Hier handelt es sich um weitgehend versiegelte Fläche, so dass auch ein innerstädtisches Begrünungskonzept für diesen Bereich entwickelt werden kann. Ähnliches geschieht am oberen Rotenberg. Die Marburger Linke hält es für sinnvoll, solche Optionen für bereits bestehende Flachbauten zu prüfen.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Ein Netto-Null-Flächenverbrauchsziel ist aus unserer Sicht nicht der richtige Ansatz. Eine wachsende Stadt braucht mehr Fläche, um langfristig attraktiv zu bleiben. Wir werden die Flächen aber hochwertig und mit Bedacht entwickeln, das einfache Mantra - „Bauen, Bauen, Bauen“ - halten wir für kein sinnvolles Konzept. Gerade die Bebauung sensibler Höhenlagen sind in unseren Augen problematisch, da hier ökologisch wichtige Flächen geopfert werden sollen. Diese Flächen dienen auch der Entstehung von kühler und frischer Luft, die über die Frischluftschneisen unsere Innenstadt versorgt. Die Luftqualität zum Beispiel von Stuttgart sollte uns Mahnung genug sein. Wir wollen auch im innerstädtischen Bereich mehr und mehr ökologische Grün- und Wasserflächen schaffen. Gerade unsere Ideen hinsichtlich der Stadtautobahn und der Schienentrasse werden eine völlig neue und ökologisch lebenswertere Perspektive eröffnen, in denen auch die Lahn und der Raum für Wasser eine wichtige Rolle spielt. In diesem Zuge oder als Folge wird sich auch eine sensible und ansprechende Nachverdichtung ergeben bzw. einstellen.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Wenn wir die Maßnahmen für den Klima- und Naturschutz in Marburg bezahlen wollen, brauche wir auch das Geld dafür. Mit Ihrer Frage spielen Sie das wirtschaftliche Wachstum von Marburg gegen den Landschafts- und Naturschutz aus. Das ist aus meiner Sicht der falsche Ansatz, weil ideologisch motiviert. Um Flächen und Landschaft ‚streiten‘ sich Energieerzeuger (Mais), der Wohnungsbau und die Lebensmittelindustrie ebenfalls. Da sind die Flächenverbräuche für beispielsweise Görzhäuser Hof III fast marginal. Ich kann mir gut vorstellen, dass man Gebäude und Flächen, die keinen Nutzen mehr haben, abreißt und die so gewonnen Fläche renaturiert oder einer neuen nachhaltigen Bedeutung zuführt.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wachstum geben. Auch eine Stadt kann nicht grenzenlos wachsen, wenn sie dabei ihre Ressourcen wie Wasser, frische Luft, Naturräume und ihre Einbindung in die Landschaft verliert.

Den fortschreitenden Flächenfraß gilt es deshalb (sowie aus vielfältigen weiteren Klima- und Umweltschutzgründen) auf 0 zu reduzieren und ihm sogar mit einer zunehmenden Entsiegelung und Begrünung von Flächen entgegenzuwirken.

Eine Ausweisung von Bauflächen sollte nur unter streng zu prüfenden Voraussetzungen erfolgen. Bei bereits angedachten Bauflächen, wie dem Gebiet auf dem Hasenkopf, sollte ein Moratorium eingelegt werden, um die folgenden Auflagen zu überprüfen:

- alle anderen Möglichkeiten zur Erfüllung des Platzbedarfes sind erschöpft (z. B. Leerstand oder Nachverdichtung im Innenbereich)
- geringer Flächenverbrauch pro Kopf

- Verbindung an den Verkehr ist gegeben, keine neuen Straßen müssen gebaut werden
- grüne Planung von Bauvorhaben (hoher Grünflächenanteil, ökologische Baumaterialien, Baumpflanzung, Einbeziehung der umgebenden Lebensräume etc.)
- keine Beeinträchtigung wertvoller Habitats von bedrohten Tier- und Pflanzenarten
- wirksame und großzügige Ausgleichsmaßnahmen, die langfristig naturschutzfachlich begleitet und überwacht werden

Daneben braucht Marburg eine wirksame Entsiegelungsstrategie. Hier gibt es vielfältige Möglichkeiten, die zurzeit wenig ausgeschöpft werden. Vor allem Flächen mit großem Potential für die Renaturierung, wie Ufer und Gewässerränder, sollten entsiegelt werden. Flächen wie Parkplätze, die bei konsequenter Verfolgung der Klimaschutzziele in Marburg weniger oder nicht mehr benötigt werden, sollten ebenso entsiegelt und begrünt werden. Zudem sollte bei einigen derzeit leer stehenden Gebäuden überprüft werden, ob der Denkmalschutz aufgehoben werden kann und das Gebäude abgerissen sowie die Fläche begrünt werden kann. Ein Beispiel dafür wären die alten Chemiegebäude auf den Lahnbergen.

8. Wie sollen Ihrer Meinung nach stadteigene Grünflächen in Zukunft gestaltet werden? Was sind Ihre Pläne für die im Eigentum der Stadt befindlichen Waldflächen?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Geplant ist, die städtischen Waldflächen einer wirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Geprüft werden muss, ob und wie der städtische Waldbestand mit diesem Ziel erweitert werden kann. Für die städtischen Grünflächen strebe ich – immer in Zusammenarbeit mit den Anwohner*innen im Umfeld – eine stärker naturnahe Gestaltung sowie insbesondere Projekte wie urban gardening an. Auch im Hinblick auf die städtischen Parkanlagen sollen die naturnahen Bereiche erweitert werden.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Stadteigenen Grünflächen müssen möglichst naturnah bewirtschaftet und gepflegt werden. Es gibt viele Ideen und Vorschläge für unterschiedlichste Bereiche, die mit den Gremien und der Bevölkerung diskutiert werden sollten. Insbesondere soll es auf den Freigeländen von allen Kindertagesstätten und Schulen naturnahe Flächen geben, die den Kindern als leicht zugänglicher Lernort, die Biodiversität direkt beobachten zu können, dienen. Die städtischen Waldflächen wollen wir so weit wie möglich und fachlich sinnvoll aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen (Prozessschutz) und zu Naturwaldzellen entwickeln.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

In unserem Wahlprogramm fordern wir dazu die Erarbeitung und Umsetzung eines Klima- und Begrünungskonzepts für die Marburger Oberstadt, das perspektivisch auf die ganze Stadt ausgedehnt werden muss. Wir setzen uns für eine ökologische, zurückhaltende und geräuscharme Grünpflege sowie eine regelmäßige Kontrolle und Ahndung von Bodenverschmutzung durch Pestizide, Salz, Schwermetalle und andere Bodenschadstoffe ein. Die Förderung und der Erhalt städtischer Biodiversität spielt dabei eine zentrale Rolle. Ebenso dürfen nicht leichtfertig aus Biotopen oder Blühstreifen Parkplätze gemacht werden, wie zuletzt in der Straße Richtung Aquamar geschehen. Die Gestaltung der städtischen Grünflächen könnte auch im Sinne von „Probier mal Marburg“ und Urban Gardening ausgebaut werden – auch hierzu ist die Expertise von Umweltverbänden und Fachpersonen wünschenswert und wichtig. Erwähnt seien auch noch die interkulturellen Gärten in Marburg (Stadtwald und Richtsberg). Für den Stadtteil Richtsberg hatte die Marburger Linke ein Quartierskonzept beantragt, das explizit Gestaltungsformen wie „Essbare Stadt“ und urbanes Gärtnern vorgesehen hatte – leider fand dieser Antrag keine Mehrheit im Stadtparlament. Zum Wald, der per se einen unschätzbaren Wert an sich hat, sei es zur Erholung oder auch im Sinne eines positiven Beitrags bei der Kühlung des (Stadt-)Klimas: Als Kommune haben wir nur Zugriff auf Waldgebiete, die im Eigentum der Stadt Marburg sind. Mit Hessen-Forst könnte man über weitere Flächen reden, die ebenfalls im Stadtgebiet liegen. Konkret könnte das Waldgebiet zwischen Wehrda-Marbach-Michelbach aus der wirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden. Dieses Gebiet ist aber klein parzelliert und gehört zum Teil vielen einzelnen Waldbesitzer*innen – allerdings wurde etwa ein Drittel der Waldfläche rund um den Pharma-Standort Görzhausen von Pharmaserv aufgekauft. In diesem Bereich im Wald sollen zwei Wasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von 10.000m³ gebaut werden, was klimapolitisch höchst fraglich und noch nicht wissenschaftlich ausdiskutiert ist. In der Januarsitzung 2021 des Stadtparlaments wurde weiterhin der folgende Antrag von SPD/CDU/BfM eingebracht: „Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, wenigstens zwei Naturwaldzellen mit jeweils wenigstens 15 ha Fläche im Stadtwald auszuweisen. Jegliche forstliche Nutzung ist dort einzustellen und die ausgewiesenen Flächen soll-

en sich selber überlassen sein, so dass ein naturnaher Wald entstehen kann.“ Die Marburger Linke hat diesem Antrag zugestimmt, aber sehr kritisch angemerkt, dass diese Maßnahme auch als „Ausgleich“ im Zusammenhang mit den (weiter andauernden) Abholzungen/Rodungen zum Weiterbau der A49 im Dannenröder Wald, dem Herrenwald und dem Maulbacher Wald verstanden werden kann. Solche Maßnahmen dürfen keinen solchen Alibicharakter tragen.

Klimabelange und die Wasserversorgung werden zunehmend wichtig für die Entwicklung einer Stadt. Die Stadt Marburg soll und ist gewillt als Oberzentrum in Mittelhessen weitere Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Das wird die Luftqualität, die Frisch- und Kaltluftzufuhr verschlechtern. Es wird das Anzapfen neuer Quellen und Wasser Ressourcen erforderlich machen und bringt Konflikte:

In der nahen Vergangenheit wurde entgegen den Empfehlungen eines wissenschaftlich fundierten Klima-Gutachtens eine Befreiung von einem Bebauungsplan gewährt, die industrielle Belange vor – im Bebauungsplan selbst dokumentierte – Klimabelange setzte. Im Masterplan, der den Ausbau der Behring Nachfolgefirmen unterstützt, ist die Wasserversorgung noch nicht gesichert.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Mit der Herausnahme einiger Forstflächen aus der Bewirtschaftung wurde hier ein richtiger Schritt getan. Aber auch bei den forstwirtschaftlich genutzten Flächen, werden wir auf eine konsequente Mischbepflanzung achten. Die Bestände und Arten müssen an die Folgen des klimatischen Wandels angepasst werden. Bei vielen stadteigenen Grünflächen kann mit einfachen Mitteln eine höhere Biodiversität erreicht werden: Wildblumenwiesen für Insekten und Wildbienen; Gehölzstreifen als weitere Habitate und Flächen zur Kühlung etc. – wir haben im Grünflächen Amt einige Spezialist*Innen mit einer großen Expertise, die schon einige Ideen und konkrete Projekte fokussieren. Betonflächen, wie vor dem Erwin-Piscator-Haus, oder Steinmonokulturen, wie um die Elisabethkirche, werden wir so nicht umsetzen und möglichst wieder begrünen. Wir benötigen dringend weitere Grünflächen, um Wasser zurückzuhalten und Lebensräume für viele Lebensformen und Arten zu bieten.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Siehe Antwort Frage 5.

Auf einen Antrag der CDU, SPD und BfM wird das Waldgebiet an der Kirchspitze zu einer Naturwaldzelle umgewidmet. Die Stadt verzichtet hier auf die Erträge der Holzentnahme. Ich kann mir gut vorstellen, dass man diese Maßnahmen auch an anderen Stellen, wie beispielsweise dem Dammelberg oder im Stadtwald vornimmt.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Zuerst möchte ich auf die stadteigenen Grünflächen eingehen, wobei ich hier zwischen städtischen Grünflächen im Innenbereich und Grünflächen im Außenbereich unterscheiden werde.

Auf die städtischen Grünflächen im Innenbereich bin ich bereits bei Frage 5 zum Artenschutz im Siedlungsbereich ausführlicher eingegangen (u. a. ausschließlicher Einsatz heimischen Saatguts aus gesicherter Herkunft auf städtischen Flächen; Toleranz gegenüber Wildpflanzen, die sich von selbst ansiedeln, als Teil des Stadtgrünkonzeptes; seltenere Mahd städti-

scher Wiesen, d. h. außerhalb der Blühzeiten, für den Insektenschutz und Stehenlassen eines Teils der Vegetation; Ausnahme: Liege- und Spielflächen, z. B. Lahnwiesen).

Generell sprechen wir uns nicht nur für den Erhalt, sondern auch für die Ausweitung städtischer Grünflächen aus - am besten sollten sie als Blühflächen gestaltet werden.

Für Grünflächen im Außenbereich sehen wir vor, dass Grünlandumbruch generell nicht stattfinden soll, insbesondere auf kommunalen Flächen. Wir möchten Strukturen wie Saumbiotope, Hecken und Feldraine sowie extensiv genutzte Streuobstwiesen (besonders die Höhlen- und Hochstamm-bäume und die artenreichen Blühbestände) fördern und erhalten. Wir möchten die extensive Weidehaltung, die erheblich zur Artenvielfalt im Grünland beiträgt, bspw. durch verbesserte regionale Vermarktungsmöglichkeiten für Fleisch- und Milchprodukte fördern. Zudem brauchen wir die Entwicklung einer Strategie zur Reduktion des Nährstoffeintrags durch Düngung sowie auch teilweise Ausmagerung von Grünland, d. h. auch Verzicht auf Kunstdünger bei kommunalen Flächen.

Wälder spielen für erfolgreichen Klimaschutz eine essentielle Rolle. Sie fördern den Aufbau von Biomasse und die Anreicherung von Humus im Boden, wodurch jährlich in Deutschland zurzeit etwa 67 Millionen Tonnen CO₂ aus der Atmosphäre gebunden werden. Doch der Klimawandel schädigt bereits jetzt stark den Waldbestand in Deutschland. Stichworte sind hier der Borkenkäfer, Fichtensterben, Waldbrände. Allein im Sommer 2018 schädigte die Trockenheit und das damit einhergehende Borkenkäferaufkommen in Hessen 26.100 ha Wald so massiv, dass diese Flächen wieder aufgeforstet werden müssen, das entspricht der dreifachen Fläche des Nationalparks Kellerwald-Edersee.

Wir möchten die Wälder an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen: Das bedeutet stabiler, stufiger und ungleichaltriger Wald, sowie vor allem Laub- und Mischwälder mit standortgerechten Baumarten sind aufzubauen und zu fördern. Für eine höhere ökologische Stabilität angesichts der Klimaveränderungen gilt es, maximale Baumartenvielfalt zu unterstützen.

Wir möchten bei den Schadflächen auf natürliche Verjüngung setzen, das Schadholz anteilig als Totholz im Wald belassen und auch, dass bei der Räumung von Schadholz auf Bodenverträglichkeit geachtet und möglichst wenig schweres Gerät eingesetzt wird.

Die Waldbewirtschaftung sollte sich daher an den Zielen Klima-, Boden- und Grundwasserschutz orientieren. Dazu gehört für uns die möglichst natürliche Waldverjüngung mit langen Verjüngungszeiträumen, die Erziehung starker Bäume mit wertvollem Holz und die Nutzung möglichst als Einzelstamm bis gruppenweise ohne Kahlschlag. Es sollte möglichst nicht gedüngt sowie bodenschonende Holzerntemethoden und Rückeverfahren genutzt werden, um den Waldboden leistungsfähig zu halten und als CO₂-Speicher zu bewahren. Wir möchten einen Nutzungsstopp in weiteren ökologisch besonders wertvollen Waldbeständen, dies soll insbesondere zur Sicherung alter Waldstandorte dienen.



Dabei möchten wir uns, wie in anderen Bereichen auch, auf bestehende Expertise in Wissenschaft und Praxis stützen. Hierzu und für ausführlichere Informationen zu unseren Plänen in der Wald- und Forstwirtschaft informieren Sie sich gerne in unserem Wahlprogramm unter: <https://www.klimaliste-hessen.de/marburg/#wahlprogramm>.

9. Klimabelange und die Wasserversorgung werden zunehmend wichtig für die Entwicklung einer Stadt. Die Stadt Marburg soll und ist gewillt als Oberzentrum in Mittelhessen weitere Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Das wird die Luftqualität, die Frisch- und Kaltluftzufuhr verschlechtern. Es wird das Anzapfen neuer Quellen und Wasser Ressourcen erforderlich machen und bringt Konflikte:

In der nahen Vergangenheit wurde entgegen den Empfehlungen eines wissenschaftlich fundierten Klima-Gutachtens eine Befreiung von einem Bebauungsplan gewährt, die industrielle Belange vor -im Bebauungsplan selbst dokumentierte- Klimabelange setzte.

Im Masterplan, der den Ausbau der Behring Nachfolgefirmen unterstützt, ist die Wasserversorgung noch nicht gesichert.

Wie möchten Sie und Ihre Partei in Zukunft angesichts des aufgezeigten Spagats die natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in Marburg erhalten?

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Marburg erarbeitet derzeit ein gesamtstädtisches Klimafolgengutachten, mit dem die Mikroklimata in der Stadt untersucht und Empfehlungen zur Klimafolgenabschätzung und zur Vermeidung negativer Effekte erarbeitet werden. Dabei teile ich die Vorstellung aus der Fragestellung nicht, dass jede Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung notwendig und immer die Luftqualität sowie die Frisch- und Kaltluftzufuhr beeinträchtigen. Vielmehr kommt es darauf an, durch klug gesteuerte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung einen Ausgleich unterschiedlicher Ziele zu erreichen: ohne Gewerbe keine Finanzierung des Klimaaktionsplans, ohne Siedlungsentwicklung keine Reduzierung des Einpendlerverkehrs. Ich werde auch weiterhin bei allen Vorhaben die Auswirkungen auf Luftströmungen beachten, auch hinsichtlich des Klimawandels und der dadurch bedingten Veränderungen. Dadurch sollen negative Effekte vermieden werden. Es ist mein Ziel das lokale Mikroklima in der Stadt auch in Zeiten des Klimawandels so stabil wie möglich zu halten. Dazu will ich diverse Projekte auf den Weg bringen, zum Beispiel innerstädtische, auch vertikale Begrünungen, Baumpflanzungen als Schattenspender etc.

Beim Thema Wasser lasse ich ein Wassersicherungskonzept erarbeiten. Da wir in der Frage Wassergewinnung auf den ZMW angewiesen sind, sollte dieses in enger Zusammenarbeit geschehen. Ich halte es für einen Fehler, dass der ZMW einen erheblichen Teil seiner Wasserförderung nach Rhein-Main verkauft. Zur Wassersicherung gehört sicher ein sparsamer Umgang mit Wasser in Marburg, die Förderung / verbindliche Vorgabe von Brauchwassersystemen in der Bauleitplanung sowie die Förderung von nachträglicher Brauchwassernutzung. Insgesamt glaube ich aber nicht, dass dadurch die klimawandelbedingte Verschiebung von Niederschlägen kompensiert werden kann. Hier müssen wir prüfen, wie wir Niederschlagswasser und gereinigtes Brauchwasser der Grundwasserbildung wieder zuführen können. Gerade solche Überlegungen müssen aber in der regionalen Zusammenarbeit angegangen werden.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Ob Marburg weitere Flächen zur Entwicklung zur Verfügung stellt, ist eine Entscheidung der kommunalen Gremien. Wenn es um die Entwicklung der Universität, die Entwicklung des Klinikums, universitätsnaher wissenschaftlicher Einrichtungen und die Entwicklung des Pharmastandortes geht, ist es natürlich wünschenswert und für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wichtig, Flächen zur Verfügung zu stellen.

Wir müssen auch Antworten auf die Proteste der letzten Jahre gegen die Wohnungsnot und den Mangel an preiswertem, barrierearmen und barrierefreiem Wohnraum finden.

Wenn es jedoch um die entsprechenden Planungen geht, werden wir die angesprochenen möglichen Auswirkungen auf Luft, Klima, Wasser etc. im Blick haben. Denn für uns ist die

Frage moderner Stadtplanung und Stadtentwicklung auch immer eine Frage des Klimaschutzes. Auch hier sind wir dem Beschluss zur Klimaneutralität verpflichtet. Die Ideen und die Kreativität bei moderner ökologischer und zukunftsfähiger Planungsweise zeigen, dass sich nicht zwangsläufig durch jede Entwicklung alle angesprochenen Aspekte verschlechtern. Im Gegenteil. Ziel der Weiterentwicklung von Marburg und wesentlicher Einrichtungen in Marburg wird es aus meiner Sicht sein und das ist eine große Motivation, dass Verschlechterungen möglichst vermieden und negative Auswirkungen durch entsprechende Maßnahmen ausgeglichen werden.

Beim Thema Wasser wollen wir ein Brauchwasserkonzept für Marburg entwickeln. Denn es ist zwar in den letzten Jahrzehnten einiges erreicht worden. Aber auch heute werden Toiletten noch mit Frischwasser gespült und Gärten damit bewässert. Regenwassernutzung ist nach wie vor marginal, Grauwassernutzung eine Nische. Mein Ziel ist es, die vielen ungenutzten kommunalen Möglichkeiten der Ressourcenschonung zu nutzen. Die Ideen hierfür müssen wir nicht neu erfinden. Nur den Willen haben, diese aufzugreifen.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

Bezugnehmend auf den Punkt der Gewerbegebiete sei darauf hingewiesen, dass die Stadt Marburg offenbar in der Cappeler Lahnaue – von der Südspange fast bis Gisselberg – ein großes neues Gewerbegebiet plant. Die Bedeutung der Lahnauen vor dem Hintergrund der Klimakrise – als eine städtische Frischluftschneise sowie als offizielles Überschwemmungsgebiet – ist hinlänglich bekannt. Die Marburger Linke kämpft deshalb gegen eine Gewerbeansiedlung in den Lahnauen, die dieses wichtige Erholungsgebiet zerstören würde. Zum Thema Wasser wurde bereits in der vorigen Antwort auf die lokale Problematik hingewiesen. Wasser ist eine begrenzte und schützenswerte Ressource, auch hier braucht es neue Konzepte und kein weiter so.

Grundsätzlich, für uns gilt in allen Bereichen der Stadtpolitik das sozial-ökologische Postulat – Entscheidungen dürfen nicht mehr zuungunsten der Pariser Klimaziele getroffen werden. Gleichsam muss lokale Politik dabei sozial-gerecht sein, es darf nicht zugelassen werden, dass Reiche das Klima verpesten und Menschen mit wenig Geld mit den Umweltfolgen, höheren Preisen und Mieten belastet werden. Wir fühlen uns dem Klimaaktionsplan verpflichtet und haben diesen zuletzt über einen Antrag im Stadtparlament um eine Kontroll- und Berichtspflicht des Magistrats erweitern können. Es braucht neben politischen Entscheidungen und Veränderungen auch ein neues Verständnis von Mobilität oder auch Wohlstand. Auch hier sollen unsere Konzepte und Ideen, z.B. ein Grundrecht auf Mobilität durch einen kostenfreien ÖPNV anstelle eines vermeintlichen Rechts auf ein Auto in der Stadt, dazu beitragen, dass Marburgs sozial-ökologisch wird. Gerne möchten wir Sie für weitere Details auch auf unser Wahlprogramm verweisen, dass Sie jederzeit auf unserer neuen Webseite einsehen können: <https://www.die-linke-marburg.de/wahl-2021/marburg/vorwort>

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Ihre Frage ist alles andere als trivial und nicht leicht zu beantworten. Es wird auch hier leider nicht die eine Lösung und eine schmackhafte Medizin geben; wir werden ein Bündel von Maßnahmen und die Motivation der Bürgerinnen und Bürger benötigen. Zunächst möchte ich einige Gedanken zum Sachstand äußern. Der Burgwald liegt in unserer direkten Nachbarschaft. Er ist ein Einwanderungsgebiet mit einem besonderen Klima, das für diverse Arten sorgt. Für viele dieser Arten, im Besonderen auch die vielen Insekten, ist das Vorhandensein von großen Wassermengen eine Grundbedingung. Besonders die sensiblen Moor-Bereiche mit einer Fauna und Flora, die teils auf der Roten Liste steht, werden renaturalisiert. Dies zeigt exemplarisch, was möglich ist und was wir gefährden. Bis in 1,80 m Bodentiefe haben wir teilweise nur noch 40 % Bodenfeuchte im Vergleich zu normalen

Jahren. Die Bäume werden noch mehr als im letzten Jahr unter der Trockenheit leiden und sind zunehmend wehrlos gegen Schadinsekten und Pilze. Das größte Problem wäre im Moment die massenhafte Vermehrung des Fichtenborkenkäfers. Aktuelle Erhebungen des Hessischen Waldbesitzerverbandes im Privat- und Kommunalwald in Hessen haben ergeben, dass schon jetzt rund 2,4 Mio. Festmeter Schadholz angefallen und geerntet seien. Den Befragungsergebnissen zufolge, könnte sich die Menge an Schadholz bis zum Jahresende auf 3,8 Mio. Festmeter alleine in hessischen Wäldern erhöhen. Das entspräche einem ganzen Jahreseinschlag. Nach den bisherigen Erhebungen dürfte dadurch etwa 9.000 ha Kahlfäche entstehen. Das entspricht der Fläche von etwa 13.000 Fußballfeldern. Ein großer Teil dieser Flächen muss in den nächsten Jahren neu mit Wald bepflanzt werden, weil die Flächen nicht durch natürliche Aussaat der Bäume wieder zu Wald würden, sondern versteppen. Der wirtschaftliche Schaden durch die Folgen der trockenheißen Witterung und des Schädlingsbefalls allein in 2019 Jahr dürfte 450 bis 500 Mio. € betragen. Alarmierende Zahlen - und auch die Grundwasserneubildung in Hessen ist deutlich zurückgegangen, so ist z.B am Messpunkt in Bracht der Wasserstand unterschritten worden, in der Folge versiegen Quellen. Obwohl es mehr Wasser in der Atmosphäre gibt, sinkt das Grundwasser, und es gibt vermehrt lange Trockenperioden, unterbrochen von staken Regenschauern, die aber vom Boden nicht aufgenommen werden könnten. Der Dürremonitor des Helmholtz Instituts zeigt eine große Trockengefahr für Mittelhessen. Trotz dieser Situation scheint der ZMW eine weitere Verkaufssteigerung von Wasser und die Erschließung neuer Versorgungsgebiete zu verfolgen. Dies ist den Geschäftsberichten zu entnehmen. Unsere Region liefert auf Grund der guten Qualität vermehrt Wasser in den Norden von Frankfurt. Im Wohratal ist die Förderung inzwischen um 20% angestiegen, mit der Folge, dass im Burgwald schon Brunnen abgestellt werden müssen. Die Wasserpreise im Rhein-Main-Gebiet bilden die Situation hier vor Ort nicht ab und animieren so auch nicht zu alternativen Ideen und Lösungen und auch nicht zur Reduktion des Verbrauchs. In Marburg am Schlossberg und am Dammelsberg sterben Bäume ab, und auch in meinem eigenen Garten musste ich inzwischen alle Fichten und Birken fällen. Neben der Trockenheit haben wir in Michelbach noch ein Problem mit einer Nitrat-Belastung, die die Versorgung gefährdet bzw. eine Beimischung erforderlich machen könnte. Auf dieser Datenbasis ist es sinnvoll, Maßnahmen anzudenken und umzusetzen, die sich auch recht deutlich ableiten lassen. Wir müssen Wasser auffangen, speichern und effizienter nutzen. Bei jedem Neubau sollte eine Zisterne gebaut werden, die auch genutzt werden sollte. Dazu müssen die Filter regelmäßig gewartet werden. Für Immobilien im Bestand sollen Anreize geschaffen werden, nachträglich Wasserspeicher und Zisternen zu bauen. Gerade wurde in Marburg der Klimanotstand ausgerufen, ohne direkt konkrete Maßnahmen anzudenken und auch ohne das Wasser in den Fokus zu nehmen. Wir benötigen dringend eine Diskussion um den Verkauf des heimischen Wassers, das wir immer stärker auch vor Ort brauchen werden, da die Stadt Marburg und der Industriestandort wachsen. Durch die Versiegelung von Flächen (Straßen, Gebäude) steht den Brunnen teilweise weniger Wasser zur Verfügung, wobei die benötigten Mengen gleichzeitig steigen. Oberflächenwasser könnte für die Bereitung von Hybridwasser z.B. in den WC-Spülungen genutzt werden, Fraport könnte hier zum Vorbild für Frankfurt und auch unsere Pharmafirmen werden. Hier benötigen wir einen Dialog über Wasserkonzepte, auch unter dem Aspekt Klimaneutralität und Synergieeffekte zwischen den Firmen und den Gemeinden (Wasserhochbehälter etc.). Die Aufbereitung und Nutzbarmachung von Oberflächen- und Abwasser ist ein weiterer Faktor. Grüne Dächer und Fassaden dienen als Speicher und Filter, größere Wasserflächen können ebenso Wasser speichern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bezüglich des Wasserverbrauchs und der Nutzung von effizienter Technik sensibilisiert werden. Diese Überlegungen finden sich schon jetzt in unseren Programmen und Anträgen. In der Summe werden wir weniger Wasser verbrauchen und mehr Wasser speichern können, dies wird auch einen direkten

Einfluss auf die örtlichen klimatischen Bedingungen haben. Über den Städtetag und andere Gremien können wir auch auf eine Novelle der deutschen Trinkwasserverordnung hinwirken und die Stadtwerke könnten ihre Roller in einer „Blue Community“ noch schärfen.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortet wie folgt:

Siehe meine Antworten zu Frage 7.

Des Weiteren teile ich die Sorge um die Trinkwasserversorgung der Stadt Marburg. Und trotzdem versichern die Stadtwerke, dass Wasser uneingeschränkt zur Verfügung steht. Auch wenn meines Wissens nach der ZMW für die Wasserversorgung der in Görzhausen angesiedelten Unternehmen ist, löst das nicht das Problem. Auch hier wird ein Umdenken nötig sein. Wassersparen und -rückhaltung in Form moderner Systeme werden eingesetzt werden müssen. Von Industrie, Firmen und Privathaushalten.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Zu diesem Themenbereich, der auch schon in den Wahlprüfsteinen des Klimabündnis auftauchte, habe ich mich von Martin Turek von der lokalen Agenda Marburg sowie Dr. Anne Archinal von der AG „Rettet den Burgwald“ beraten lassen.

Die Behring-Nachfolge-Werke stellen mit ungefähr 6000 Arbeitnehmer*innen gemeinsam den größten industriellen Arbeitgeber in Marburg dar. Grundsätzlich kann man die 16 Unternehmen, die die Behring-Nachfolge-Werke bilden, als emissionsarme Arbeitgeber betrachten.

Jedoch haben die Forschungslabore sowie die Produktion der pharmazeutischen Produkte einen nicht unerheblichen Bedarf an hochreinem Frischwasser mit der richtigen Härte, der durch die geplante Erweiterung der Behring-Nachfolge-Werke weiter gestiegen ist. Hier hat die Stadt Marburg Zusagen gemacht, das benötigte Frischwasser zur Verfügung zu stellen. Jedoch muss ich hier die Transparenz der Stadt Marburg bemängeln, da die genauen Konditionen, unter denen diese Zusage erfolgt ist, sowie die Mengen des benötigten Wassers der Pharmaindustrie nicht veröffentlicht wurden.

Im Gebiet Marburg-Biedenkopf kann das benötigte Wasser nicht gewonnen werden, da das Wasser aus Brunnen, wie in Michelbach, zu hart ist. Das Wasser für die Behring-Nachfolge-Werke kommt deshalb über den Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke überwiegend aus dem Wasserschutzgebiet im Raum Stadtallendorf.

Dieses Wasserschutzgebiet wird durch den Bau der A 49 bedroht. Die Schwierigkeiten für den Wasserschutz liegen hier nicht hauptsächlich, wie man zunächst vermuten könnte, in der Flächenversiegelung durch die Autobahnstrecke - die zwar erheblich, aber im Gegensatz zur Gesamtfläche des Wasserschutzgebietes für den Wasserschutz nicht ausschlaggebend ist - sondern vor allem darin, dass das Schmutzwasser von der Autobahn, durch Abgase und Reifenfasern verunreinigt, eine Bedrohung für die Reinheit des Frischwassers im gesamten Wasserschutzgebiet darstellen könnte.

Bis heute wurden die Gefahren der A 49 für das Wasserschutzgebiet Stadtallendorf noch nicht ausreichend überprüft. Ich fordere deshalb eine umgehende Prüfung dieser Gefährdung für die Frischwasserversorgung. Zudem bin ich ohnehin für einen sofortigen Baustopp der A 49 und eine Wiederaufforstung bereits gerodeter Waldflächen.

Bezüglich der Pharmaindustrie ist es schwer, hier politische Forderungen zu formulieren, ohne Zugang zu den notwendigen Informationen dafür zu haben. Eine Lösung für das Problem könnte aber zum Beispiel sein, dass die Behring-Nachfolge-Werke zwar ihre Industrie ausweiten können, dafür aber nicht von der Stadt das nötige hochreine Frischwasser gestellt

bekommen, sondern mit einer eigenen Kläranlage einen erheblichen Anteil des benötigten Wassers selber aufbereiten.

Das Zusammenspiel zwischen Wasser und Flächenversiegelung stellt jedoch nicht nur für die Wasserversorgung ein Problem dar, sondern auch für das innerstädtische Klima. Zum einen blockiert Querverbauung den Einfluss von Kaltluftströmen, sodass sich auch ländlich gelegene Städte wie Marburg viel stärker aufwärmen. Um dem entgegenzuwirken und es auch für die kommenden (leider immer heißer werdenden) Sommer „aushaltbar“ in Marburg zu machen, empfiehlt es sich oberirdische Wasserflächen anzulegen, die die Stadt zum einen kühlen und zum anderen als Reservoir für das Wässern des Stadtgrüns dienen.

Darüber hinaus müssen wir - obwohl die Frischwasserversorgung in Marburg zurzeit gesichert scheint - die zukünftigen Entwicklungen des Klimas berücksichtigen. Aufgrund der atypischen Entwicklung der Regenereignisse (lange Dürrephasen und dann kurze und heftige Niederschläge) wird die Grundwasserneubildung wahrscheinlich immer weiter zurückgehen. Konfrontiert mit einer solchen Situation, ist es nahezu paradox, dass Marburg weiterhin Frischwasser in das Rhein-Main-Gebiet liefert. Stattdessen sollte ressourcenschonend mit dem Grundwasser in Marburg umgegangen werden und dieses weitestgehend im Boden verbleiben, um für viel trockenere Zeiten als Ressource zu dienen. Dafür ist eine Erneuerung der Wasserversorgung in Marburg notwendig, zum Beispiel mit einer Integration von Brauchwasser-, Grauwasser- sowie Regenwassersystemen, vor allem in Neubauten.

Um auf die in Ihrer Frage formulierte Prioritätensetzung zurückzukommen - die Priorisierung industrieller Belange über Klimabelange - so halte ich sie für grundweg falsch. Gerade aus wirtschaftlicher Perspektive sollte die Nachhaltigkeit und damit der Klimaschutz oberste Priorität haben. Die nächsten Jahre sind ausschlaggebend dafür, ob wir es schaffen, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen und damit auch in Deutschland eine Schädigung der Wirtschaft zu verhindern. So liegt der ungefähre wirtschaftliche Schaden einer Tonne CO₂ derzeit bei etwa 120 € (also deutlich über dem CO₂-Preis).

Wirtschaften und Klimaschutz - das sind nur gegensätzliche Interessen, wenn Wirtschaften unmittelbare Gewinnmaximierung bedeutet. Doch wenn Wirtschaften so aufgefasst wird, dass es nachhaltig dem Gemeinwohl dienen soll, dann sollten Klimaschutz und Wirtschaftsinteressen dieselben Ziele verfolgen.

10. In Marburg -so zeigt die Vergangenheit und Gegenwart- werden BürgerInnen frühestens in die Planungsangelegenheiten der Stadt eingebunden, nachdem die grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen bereits getroffen worden sind. Sie werden verwiesen auf einen nachgeschalteten Zeitpunkt, zu dem die Bürgerbeteiligung nicht mehr vermieden werden kann, weil sie im Baugesetzbuch vorgeschrieben ist.

Können Sie dem in 2011 von der SPD Fraktion vorgeschlagenem Konzept zur Bürgerbeteiligung zustimmen?

„Bürgerbeteiligung darf nicht zum Mittel degradiert werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden, also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Dies bedeutet einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur: Transparenz statt Diskussionen hinter verschlossenen Türen, eine umfassende Öffnung der Planungsverfahren und ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen.“ (SPD-Bundestagsfraktion, 2011)

Wenn Sie dem Konzept zustimmen, geben Sie konkrete Vorschläge, wie eine Bürgerbeteiligung zukünftig in Marburg umgesetzt werden soll. Sie können es an einem Beispiel aufzeigen.

Dr. Thomas Spies (SPD) antwortet wie folgt:

Die zitierte Aussage der SPD Bundestagsfraktion teile ich, halte sie aber für überholt. Ein „neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis“ von Politik kann man in Marburg bereits erleben. Der in der Einleitung zu dieser Frage geäußerte Vermutung, dass „BürgerInnen frühestens in die Planungsangelegenheiten der Stadt eingebunden (werden), nachdem die grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen bereits getroffen worden sind“ widerspreche ich entschieden.

Das Gegenteil ist der Fall. Nach Lesart der Frage würde beispielsweise über das Gebiet Hasenkopf derzeit noch gar nicht öffentlich diskutiert, sondern frühestens in zwei bis drei Jahren, wenn Bebauungspläne offengelegt werden. Dies ist offenkundig falsch: Vorgabe der Stadtverordnetenversammlung war, dass neuer Wohnraum in Marburg entstehen soll – was einer objektiven Notwendigkeit entspricht und insbesondere selbst das Ergebnis von Beteiligungsprozessen ist. Daraufhin wurde bereits die Entscheidung über das Baugebiet einem Beteiligungsprozess unterzogen. Danach wurden in einem für Marburg einzigartigen Beteiligungsprozess die Vorgaben für einen städtebaulichen Wettbewerb erarbeitet. Schon an diesem Beispiel wird deutlich: Bürger*innen werden in Marburg frühzeitig, konsequent, ergebnisoffen und lange vor Entscheidungen in Entwicklungsprozesse einbezogen. Dazu habe ich sogar eine speziellen FD Bürgerbeteiligung geschaffen. Das gleiche gilt für die Umsetzung der Verkehrswende. Parallel zur notwendigen Erfassung von Mobilitätsdaten erfolgte ein offenes Beteiligungsverfahren, an dem sich bereits fast 4000 Menschen mit ihren Vorstellungen zur zukünftigen Verkehrsgestaltung beteiligt haben. Auf dieser Grundlage erfolgt die Erarbeitung des Gutachtenbüros.

Desgleichen gilt für die Erarbeitung des Klimaaktionsplans. Hier haben sich ergebnisoffen hunderte Bürger*innen mit ihren Ideen, Vorschlägen, Forderungen, Anregungen und Wünschen eingebracht.

Aber auch bei zahlreichen anderen Fragestellungen wurde die Haltung der Bürger*innen explizit eingeholt, wie zum Beispiel bei zahlreichen Befragungen zu konkreten Fragestellungen, teilweise quartiersbezogen.

Das heißt nicht, dass Beteiligung in Marburg bereits optimal sei. Die größte Herausforderung bleibt, alle von Entscheidungen Betroffenen tatsächlich für Beteiligungsprozesse zu gewinnen. Trotz aller Bemühungen sind weiterhin sozial benachteiligte Menschen, Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in Beteiligungsprozessen unterrepräsentiert. Hier bedarf es erheblicher Anstrengungen und kreativer Prozesse, um mehr Menschen für Beteiligung zu gewinnen, wie beispielsweise die bereits praktizierte Beteiligung über Zufallsauswahl, spezielle Formate für junge Menschen, digitale Dialogangebote oder aufsuchende Beteiligung.

Nadine Bernshausen (Grüne) antwortet wie folgt:

Das obige Zitat ist ja weniger ein Konzept als eine allgemeine Beschreibung von Beteiligungsprozessen, die sich bei der SPD-Bundestagsfraktion wohl auf Bundes- und Länderplanungen bezog. Auf kommunaler Ebene gab und gibt es schon seit langem sehr unterschiedliche Ansätze zu Beteiligungskonzepten (z.B. Bürger*innenversammlungen, Planungszellen, zufällig ausgewählte Diskussionsgruppen, Online-Diskussionsplattformen, Bürgergutachten usw.), auch in Marburg ist schon häufiger an und in konkreten Beteiligungskonzepten gearbeitet worden. Aus meiner Sicht leidet das gegenwärtig verfolgte Konzept darunter, dass die Beteiligungsprojekte sehr stark vom Magistrat dominiert erscheinen. Meines Erachtens sollte ein Projekt, dann, wenn es projiziert wird, stadtweit zunächst einmal vorgestellt werden. Z.B. die momentan in der Diskussion befindliche Investition in Oberleitungsbusse auf die Lahnberge. M.E. müssten schon im jetzigen Stadium, wo bei Bund und Land um Zuschüsse geworben wird, zunächst einmal eine Bevölkerungsinformation stattfinden, was dies für die Strecke an baulichen Maßnahmen und was dies für den städtischen Haushalt an Haushaltsinvestitionen bedeutet. Hierfür müsste es schon jetzt verschiedene Veranstaltungs- und Informationsformate geben. Allerdings sind wohl schon Förderanträge gestellt worden.

Renate Bastian (Linke) antwortet wie folgt:

An zwei Beispielen möchten wir skizzieren, wo im durchaus zu begrüßenden Sinn des SPD Bundestagsfraktion Beschlusses 2011 vorgegangen wurde, allerdings nennen wir auch ein negatives Beispiel.

Wir erinnern uns sicherlich noch alle an die frühzeitige Einbeziehung Marburger*innen was die Ausweitung neuer Wohngebiete anbelangt, konkret Standortanalyse in Marburgs Westen. Unter die Lupe wurde der Obere Rotenberg/ Höhenweg genommen, sowie am Stadtwald der Hasenkopf. Zunächst gab es eine Auftaktveranstaltung, in der die Projekte und Standorte vorgestellt wurden, danach fanden in den jeweiligen Gebieten Spaziergänge statt, wozu breit eingeladen und beteiligt wurde und auch verschiedenste Diskussionsforen stattfanden bis zu Workshops, mit abschließender Präsentation über die städtische Homepage. Auch wurden diese Ergebnisse, welche sich auf einen Zeitraum von etwa einem Jahr bezogen, in die Magistratsvorlage für den Stadtverordnetenbeschluss eingepflegt. Es gab verschiedene Formate, welche die ganze Zeit über transparent zugänglich waren, um einen späteren Einstieg noch zu gewährleisten. Beteiligt haben sich viele Marburger*innen, neben Anwohner*innen auch Marburger*innen aus dem ganzen Stadtgebiet. Natürlich wurden auch berechnete kritische Stimmen laut, vor allem was die Umweltaspekte betrifft, oder die ohnehin schon herausfordernde Verkehrsbelastung, hier muss weiterhin um akzeptable Lösungen gerungen werden.

Neuestes Projekt ist die Umgestaltung in der Beltershäuserstraße, auch hier soll bezahlbarer Wohnraum entstehen gemeinsam mit dem Landkreis. Bisher wurden die beiden Ortsbeiräte Cappel und Richtsberg in die ersten Überlegungen einbezogen. Übergeordnetes Ziel die

trennende Beltershäuserstraße beider Stadtteile möglichst verschwinden zulassen. Ein Freiflächenkonzept für dieses Gebiet zu entwickeln was die Aufenthaltsqualität erhöht sogar erst schafft. Synergieeffekte nutzen. bspw. Gemeinsame Nutzung der Sportanlagen, Vereinsheime, Spielanlagen oder Arztpraxen und Nahversorger in unmittelbarer Nachbarschaft fußläufig, mit dem Rad oder Bus attraktiv zu erreichen.

Ein Beispiel aus dem gleichen Zeitfenster kurz angerissen, die die Eingangsthese leider bestätigt, dass Bürgerbeteiligung erst eine Rolle spielt, wenn es durch die Baugesetzgebung vorgeschrieben wird, nämlich die Umgestaltung Temmlerareal bis hin zum Marburger Südbahnhof. Hier wurde nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften agiert und damit eine große Chance vertan analog zu den oben skizzierten Wegen, ganz andere Wege zu gehen und die Marburger*innen mit einzubeziehen wie ein neues Viertel gestaltet werden kann.

Michael Selinka (FDP) antwortet wie folgt:

Bürgerinnen und Bürger in dieser Art und Weise zu beteiligen, halte ich für nicht angemessen und letztlich wird Ihre Meinung abgefragt, aber nicht zwingend berücksichtigt. Es geschieht in meinen Augen auch nicht aus und mit Überzeugung. Die verschiedenen Angebote und Initiativen und die Bürgerfragestunde haben sich, wenn überhaupt, nur bei wenigen und eigentlich den immer gleichen Personen etabliert. Die Ergebnisse der „Workshops“ sind dürftig und die Fragestunde ist eingestellt, da kaum noch Fragen gestellt wurden.

Ich möchte in Marburg mehr Demokratie wagen und etablieren. Die Gegenwart zeichnet kein gutes Bild vom Zustand unserer Demokratie und unserer Gesellschaft, es sind deutliche Gräben, vielleicht sogar mehr denn je eine Zerklüftung erkennbar. Wir brauchen eine andere Form des politischen Miteinanders, wir brauchen stärkere Elemente einer „Konsensdemokratie“, da niemand die einzige Wahrheit für sich in Anspruch nehmen kann. Vielmehr haben wir „Teilwahrheiten“ oder eben verschiedene Perspektiven, die nur gemeinsam eine umfängliche und präzisere Betrachtung ermöglichen. Vielleicht verstehen wir so überhaupt erst die eigentliche Aufgabe. Die Problemlösung, die wir in der Folge entwickeln und anbieten können, wird schlicht besser sein und viel mehr Menschen repräsentieren. Ich möchte hier um- und gegensteuern. Ich möchte eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Schweiz aufbauen, um die „Konsensdemokratie“ im Austausch studieren zu können! Ich möchte deutliche Elemente einer direkten Demokratie erproben, alle Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur mitreden und gefragt werden, sondern sie sollen auch für die legislativen bzw. ausführenden Organe verbindliche Entscheidungen fällen können und somit ebenfalls Verantwortung übernehmen! Ich möchte alle gewählten Teile des Parlaments mit in die Regierungstätigkeit einbinden.

Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg) antwortete auf diese Frage nicht.

Mariele Diehl (Klimaliste) antwortet wie folgt:

Ich freue mich, dass Sie das Thema Bürger*innenbeteiligung zur Sprache bringen. Denn für mich ist die Beteiligung von Bürger*innen auf allen Ebenen von Planungsprozessen nicht nur ein Teil von erfolgreicher Etablierung und Umsetzung von (Klimaschutz-)Maßnahmen, sondern essentiell dafür. Nicht ohne Grund fühlen sich viele Menschen von der Politik abgehängt. "Die da oben" entscheiden für viele beinahe willkürlich und nicht nachvollziehbar. Das führt zu Ängsten, die sich oftmals in Bewegungen wie der Anti-Windkraft-Bewegung, der "Querdenker*innen"-Bewegung und rechten bis hin zu rechtsextremistischen Bewegungen (wie der AFD) entladen. Auch wenn konsequente Bürger*innenbeteiligung, wie zum Beispiel

von der SPD skizziert, solche Bewegungen sicher nicht verhindern wird, kann sie doch dabei mithelfen, alle mit ins Boot zu holen. Wenn wir im Rahmen eines Systemwandels unser Wirtschaften und gemeinsames Handeln klimaneutral und sozial gerechter gestalten wollen, müssen die Veränderungen, die ein nachhaltiger Lebensstil mit sich bringt, von allen mitgetragen werden.

Doch zurzeit scheitern viele Maßnahmen (die Windkraft ist hierfür das beste Beispiel!) daran, dass Anwohner*innen sich heftig dagegen wehren. Für viele Bürger*innen erscheint das so, als würde jemand von außerhalb (oder "von da oben" aus der Politik) kommen und beschließen: "Da kommt jetzt ein Windrad hin". Vielleicht genau am liebsten Wanderweg der Dorfgemeinschaft. Es ist verständlich, dass sich da Widerstand regt. Doch wenn man Anwohner*innen mitentscheiden lässt, wo ein Windkraftwerk gebaut wird (wenn verschiedene Vorranggebiete zur Auswahl stehen) und sie auch mitbeteiligt und einbezieht in die Entscheidungen, was mit den Erlösen aus dem erzeugten Strom geschieht und wie sie den Anwohner*innen zugutekommen könnten, dann denke ich kann man einiges an Widerstand gegen Windkraft beseitigen.

Aber Bürger*innenbeteiligung ist nicht nur wichtig, um die Compliance zu erhöhen, sondern auch um die Qualität von Maßnahmen zu sichern. Denn Bürger*innen sind Expert*innen in ihren Bedürfnissen. Beispiel Mobilität: Natürlich kann die Stadt einfach entscheiden "Ein Bus fährt jetzt zweimal am Tag hin und zurück von Dorf xy". Wenn der Bus dann jeden Tag leer hin- und herfährt, ist die Maßnahme gescheitert.

Das Risiko für das Scheitern einer solchen Maßnahme kann gemindert werden, indem die Bürger*innen dazu befragt werden, an welchen Alternativen zum ÖPNV das größte Interesse bestehe. Ist es ein Bus, vielleicht sogar ein Bürger*innenbus oder doch lieber bessere Fahrradwege nach Marburg? Um welche Uhrzeit könnten die meisten eine bessere Verbindung an die Stadt gebrauchen, an welchen Wochentagen?

Ein gutes Beispiel ist die Bürger*innenbeteiligung bei der Konzeptionierung des Klima-Aktionsplans Marburg. Hier wurden mit dem Kollektiv von Morgen e. V. Expert*innen mit in die Planung der Bürger*innenbeteiligung involviert. Mit einem großen Erfolg: Viele Bürger*innen beteiligten sich mit kreativen Ideen und hoher Expertise an der Konzeptionierung des KAP. Nur leider wurden am Ende viele dieser Ideen nicht in den KAP übernommen oder erst einmal vertagt. An diesem Beispiel sieht man das sehr hohe Potential von Bürger*innenbeteiligung, aber auch, wieso es problematisch (und auch schädlich für das Ziel der Klimaneutralität) ist, wenn Bürger*innenbeteiligung weiterhin nur symbolisch und nicht ernsthaft betrieben wird.